



Neuestes Modell!

Weitgehendste Garantie übernehmen wir für alle unsere Fabrikate, gekennzeichnet durch unsere neue Schutzmarke



MARKE CONDOR



Neuestes Modell!

Nicht nur für 12⁵⁰ und 16⁵⁰ Luxus-Ausführung, sondern auch für 10⁵⁰ und 8⁵⁰

liefern wir die elegantesten, formvollendetsten und modernsten Stiefel für Damen und Herren. Ein überaus schickes Stiefel-Modell, echt Chevreau, braun (moderfarbig) für Damen haben wir — absolut konkurrenzlos — schon für M. 7⁵⁰ herausgebracht.

In jeder Preislage und in jedem Genre

bietet allein unsere Frühjahrs-Kollektion die größte Reichhaltigkeit!

Neuester Katalog gratis und franko.

Conrad Tack & Cie

Schuhwaren-Fabrik * Burg bei Magdeburg.

In 90 Städten des Deutschen Reiches 120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (Tollhaus)

C., Rosenthaler Straße 14

W. Potsdamer Straße 50 Fernsprecher Amt 6 16831

W. Schillstraße 16 Fernsprecher Amt 6 16831

NW., Turmstr. 41, Ecke Oldenburger Straße Fernspr. Amt 2, No. 7920

NW., Wilsnacker Straße 22

NW., Beusselstraße 29

N., Friedrichstraße 127 schräg gegenüber der Oranienburger Straße

N., Müllerstraße 3

N., Reinickendorfer Straße 23 gegenüber der Plantagenstraße

N., Brunnenstraße nur 37

N., Danziger Straße 1

O., Andreasstraße 50

O., Frankfurter Allee 125

SO., Oranienstraße 32, zwischen dem Oranienplatz und Adalbertstraße.

SO., Oranienstraße 2a unmittelbar an der Hochbahnstation Oranienstraße

SO., Wrangelstraße 49

SW., Friedrichstraße 240-41 am Hall. Tor

Charlottenburg:

Wilmerdorfer Straße 122-23.

Rixdorf:

Bergstraße 30-31.

Potsdam:

Brandenburger Straße 54.

Achten Sie bitte recht genau auf Straßen und Hausnummer unserer Geschäfte!

Condor-Patent Schnürstiefel — ohne zu schnüren!

Neu!

Neu!

Angenehmes Tragen da jeder Druck vermieden wird!
Fortfall des lästigen Schnürens dennoch bleibt das elegante Aussehen als Schnürstiefel beibehalten!
Augenblickliches An- und Ausziehen ohne zeitraubende Handierungen!
Größte Bequemlichkeit namentlich auf der Reise und für Bureautätigkeit durch einfaches Lösen des Verschlusses!



Verkauf nur in unseren Filialen!

D. R. P. 174209

Prima Boxhorse, mit Zierkappen . . M. 10.50
Prima Boxkalf, mit Zierkappen . . M. 13.50
Prima braun Chevreau M. 13.50
Feinstes Boxkalf Luxus-Ausführung . M. 16.50
Feinstes Chevreau, braun oder schwarz, Luxus-Ausführung . . . M. 16.50

Maizeitung 1909

soeben erschienen. Reichhaltiger Inhalt. u. a.: „Matenbootschaft“ von Richard Wagner — „Die Raiserin und die Arbeiterinnen“ von Mathilde Wurm — „Erwachen“ von Ernst Preczang — „Selbsthilfe“ von Wilhelm Jansson — „Der Mai und die Jugend“ von K. Korn.
Künstlerische Illustrationen.
 Preis 10 Pf. Wiederverkäufer Rabatt. Preis 10 Pf.
 Verlags-Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Eisen-Moorbad Bahnstation, Postbezirk: Halle a. S.
 Sehr billiger, angenehmer Kurort. Gesunde Waldgegend.
 Licht, Luft, Sand, Dampf- etc. Bäder.
 Vorzüglich für Gicht, Rheumatismus, Nerven- und Frauenleiden.
 Eröffnung 1. Mal. **Pretzsch, Elbe.**
 Prosp. u. Auskunft d. d. Verwaltung.

Neu eröffnet! **Neu eröffnet!**
D. LECHNER, — jetzt nur — Brunnenstraße 7
 am Rosenthaler Tor
 Laden und 1. Etage.

Große Auswahl in
MÖBELN

jeder Art.
 Geringste Anzahlung — Bequeme Teilzahlung.

Extra-Abteilung für
Herren-, Damen- u. Kindergarderoben
 Anzahlung von **5 Mk.** an, **1 Mk.** wöchentliche Teilzahlung.

Ferner:
 Teppiche □ Stepp- und Tischdecken □ Betten
 Gardinen □ Stores □ Gas- und Petroleumkronen
 Bilder □ Wand- und Taschenuhren etc.
 von **50 Pf.** wöchentlich an.

Verkauf nur 1. Etage.

Sonntags geöffnet von 8—10 und 12—2 Uhr.

KREDIT ERHÄLT DIE GANZE WELT

DAMEN-UND HERREN- Confection

DAMEN Wöchentlich Abzahlung schon von **HERREN**
 Kostüm 18 M.
 Kostüm 32⁵⁰ M.
 Kostüm 45 M.
 Paletot 15 M.
 Paletot 36 M.
 Abendmantel 28 M.
1 MARK an
 Rock-Anzug v. 30—52 M.
 Gehrock-Anzug 38—45 M.
 Smoking-Anzug .. 50 M.
 Jackett-Anzug v. 19—34 M.
 Paletots von 19⁵⁰—45 M.
 fertig und nach Mass

Einzelne **MÖBEL** aller Art sowie komplette Einrichtungen

ALLES AUF KREDIT

M. Slogau
 Alte Jacob Str. 73

C. Wachsmann & Co.
 Reinickendorfer Str. 15

P. Neugebauer Neß
 Charlottenburg, Wilhelmsdorfer Str. 31

Wäsche auf Teilzahlung

Schuhwaren auf Teilzahlung



Das Beste das ich jemals kannte ist zweifellos
Metalputz TANTE
 mit dem Putzteller
 Von 25 Pfg an. Ueberall käuflich.
 Alleinige Fabrikanten Gebrüder Kroner Berlin O. 17.

Hut-Arnold Dresdenstr. 116
 (Kein Laden) am Oranienplatz
 Hut und Mützen Engros-Geschäft
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Weiche Herrenhüte v. 1,50—6,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
 Steife Herrenhüte v. 2,00—7,00 Nur fehlerfreie moderne Ware.
 Grösste Auswahl in Strohhüten und Mützen.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose



Herkules

tragen.

Unerreichte = Leistungsfähigkeit. **Allein-Verkauf.**

Sehr starkes Leder mit Zwirnketten in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Band aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte mit starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 29-30 — Brückenstr. 22
 Gr. Frankfurterstr. 20
 Schöneberg, Hauptstr. 10.
 Haupt-Katalog gratis u. franko.

Nachdr. verboten

Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung der Delegierten am Mittwoch, den 28. April cr., abends 8^{1/2} Uhr, im Alten Schützenhause, Lichtenstr. 5.

Tagesordnung:
 1. Berichterstattung des Protokolls.
 2. Jahresbericht und Delantgabe der Restanten.
 3. Bericht der Revisoren.
 4. Gehaltszulage.
 5. Sonstige Anwesenheitsangelegenheiten.
 Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht. 274/5
 Die zugesandte Einladung legitimiert, ohne dieselbe kein Einlaß.
Der Vorstand.
 C. Fritz, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse Pantow.

Die statutenmäßige General-Versammlung findet am **3. Mai 1909**, abends 8 Uhr, im Restaurant Roschi, Pantow, Kreuzstr. 1/1, statt.

Tages-Ordnung:
 1. Protokoll. 2. Vortrag über die Reichsversicherungsordnung. Referent: Koblenzer. 3. Diskussion zu 2 und Wahl der Delegierten zum Allgemeinen Krankenkassen-Kongress. 4. Berichterstattung der Revisoren pro 1908 und Bericht der Revisoren. 5. Ergänzungswahl zweier Vorstandsmitglieder (ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer). 6. Anträge, welche spätestens fünf Tage vor der Versammlung bei dem Unterzeichneten schriftlich einzulegen sind. 7. Beschiedenes. 274/4
 Pantow, den 19. April 1909.
Der Vorstand
 der Orts-Krankenkasse Pantow.
 Paul Seifert, Vorsitzender.
 NB. In dieser Versammlung sind nur die gewählten Delegierten eintrittsberechtigt und stimmberechtigt.

!!Vorjährlige!!

Herrenanzüge, neu, nach Maß bestellt, nicht abgeholt, verläßt keine Kostenpreis. **Prinzlauser Straße 23, 11, Alexanderplatz, Herrenschnitzer, 62/116**
Pianino erster Hoflieferantenfirma weit unter Bestpreis sofort verläßtlich französische Str. 15, 1 r.
 Parzellen (Börse), Halle v. 600 an. Brunnenhof, Berlin, Köpenickerstr. 3.

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen liefere elegante, fertige **Herren-Garderoben.**
 Ersatz für Maß. Anfertigung nach Maß. **Tadellose Ausführung.**
Julius Fabian, Schneidermeister. 1. Geschäft: NO., Gr. Frankfurter Str. 38 II Eingang Strausberger Platz
 2. „ NW. (Moabit), Turmstraße 18 I

16. Kongreß der Sozialdemokratie Ungarns.

(Schluß).

Auf dem Kongreß waren vertreten 83 Organisationen aus Budapest mit 129 Delegierten, der Gewerkschaftsrat mit 2, das Landeskomitee der Arbeiterinnen mit 2 Delegierten, aus der Provinz 69 Organisationen mit 77 Delegierten, die Landeskomitees der deutschsprachigen, slowakischen und serbischen Sozialdemokraten mit zusammen 5 Delegierten. Zusammen aus 70 Städten und Ortschaften (inklusive Budapest) 107 Organisationen mit 215 Delegierten.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der Kongreß von dem kroatischen Landtagsabgeordneten Genossen Korac begrüßt, der die kühnsten Grüße der kroatischen Sozialdemokratie überbrachte.

Ueber Parteitagitation und Parteipresse referierte Genosse Weitzer. Das Wesentlichste darin waren die Ausführungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. In Ungarn besteht nämlich keine gesonderte Parteiorganisation, sondern die Gewerkschaften bilden die Kadres der Partei. Deren selbständige Organe sind lediglich der Parteikongreß, der von den Gewerkschaften nach Maßgabe der von ihnen gezahlten Parteibeiträge besetzt wird, die vom Kongreß gewählte Parteileitung und die Parteipresse. Die Verfolgung der Gewerkschaftsorganisation trifft also direkt auch die Partei. Ein Teil der Genossen befürwortet deshalb und weil die Organisation zu wenig demokratisch sei, indem sie allen Einfluß in Parteianglegenheiten in den Gewerkschaftsvorständen konzentriert und die Masse der Arbeiter einflußlos macht, die Bildung einer gesonderten Parteiorganisation. Dazu sagte der Referent, daß die Scheidung, die von vielen gefordert wird, verhängnisvoll wäre. Allein der Gedanke der Separation verurtheilt die größte Aufregung und Unruhe. Der jetzigen Form der Organisation sei es zu verdanken, daß der sozialistische Geist in die Massen der Arbeiterschaft eingedrungen sei. Jene Funktionen, die in Kulturländern einer Gewerkschaftsbewegung zukommen, seien in Ungarn noch möglich. Wenn die traurigen, unsicheren Verhältnisse, die jetzt in Ungarn bestehen, verschwinden, wird es möglich sein, die Gewerkschaften von ihren Verpflichtungen gegenüber der politischen Bewegung zu entlasten.

Der Redner beantragte schließlich eine Resolution, die ein Kompromiß zwischen den beiden verschiedenen Richtungen in der Frage darstellt, indem sie den stufenweisen Ausbau der Haus- und Straßenorganisation für notwendig erklärt. Auch soll die Parteileitung den Versuch machen, eine politische Sonderorganisation zu bilden d. h. die Genehmigung der Regierung für das Statut einer solchen Organisation zu erlangen. Der „feste Rahmen“ der politischen Bewegung soll allerdings nur dann ausgeglichen werden, wenn gesetzliche Garantien dafür vorhanden sind, daß behördliche Willkür die Organisationen der sozialdemokratischen Partei nicht gefährden kann. Endlich erklärt die Resolution jene Bestrebungen, welche vor dem vollkommenen Ausbau der Parteiorganisation die Trennung der gewerkschaftlichen freien Organisationen von der politischen Partei bezwecken, als geradezu verhängnisvoll für die Partei.

Die Debatte über diesen Punkt nahm den größten Teil der Tagung, den Schluß des ersten und den ganzen zweiten Tag in Anspruch. Die eingehende Verhandlung zeigte, daß die Delegierten das Problem der Organisation als das zurzeit wichtigste betrachten, das die Partei zu lösen hat. Die Resolution fand schließlich Annahme.

Am dritten Tage referierte Genosse Kunfi über den Kampf um allgemeine Wahlrecht. Folgende Resolution wurde dazu angenommen:

Der Kongreß der sozialdemokratischen Partei Ungarns vom Jahre 1909 konstatiert, daß die Koalitionsregierung ihr auch durch ein feierliches königliches Wort bekräftigtes und garantiertes Versprechen, das allgemeine, geheime Wahlrecht zum Gesetze zu erheben, selbst bis zum heutigen Tage nicht eingelöst hat. Der Kongreß konstatiert ferner, daß alle bisher in dieser Frage unternommenen Schritte der Regierung Versuche eines gewöhnlichen Wortbruchs sind, dessen Befolgen das arbeitende Volk des Landes mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern muß. Darum akzeptiert und bekräftigt der Kongreß in allem den auf die Pläne der koalitionsistischen Regierung und auf den Kampf gegen dieselben bezüglichen Beschluß des am 6. Dezember 1908 stattgehabten außerordentlichen Kongresses der Partei. Indem der Kongreß schließlich feststellt, daß die Koalitionsregierung zur Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtung nicht geneigt ist, fordert er die sofortige Demission dieser Regierung und die unverzügliche ebrliche Durchführung des vermög der Sanktion durch das königliche Wort zustande gekommenen Paktes durch Bildung einer solchen Regierung, deren allererste und einzige Aufgabe es sei, das allgemeine, geheime Wahlrecht zum Gesetze zu erheben.

Außerdem wurden noch Referate über Lebensmittel- und Wohnungswucher (Referent Genosse Tarcaj), über die Verfolgung der Gewerkschaften (Referent Genosse Garbai) und über den Kampf gegen den Militarismus (Referent Genosse Volanyi) gehalten, die zur Annahme entsprechender Resolutionen führten. In die Parteileitung wurden gewählt die Genossen Deszler Volanyi, Emanuel Buchinger, Alexander Garbai, Ernst Garami, Sigmund Kunfi, Franz Márk, Julius Weidl, Alexander Rády, Ludwig Tarcaj, Karl Teszár, Jakob Weitzer.

Aus der österreichischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Osterfeiertage wurden von einer Reihe österreichischer Gewerkschaften zu ihren Verhandlungen ausgenutzt, wovon der des Holzarbeiterverbandes

der wichtigste ist. Dieser Verband hat unter der Krise insofern sehr gelitten, als die Unterstufungen sehr in Anspruch genommen wurden. Es stellte sich dabei heraus, daß bei dem gegenwärtigen Ausmaß der Unterstufungen mit den alten Beiträgen das Auslangen nicht mehr gefunden werden kann. Die Beitragsleistung wurde daher mit 66 Hellern wöchentlich in der 1. und 60 Hellern in der 2. Beitragsklasse (diese entbehrt der in der 1. Klasse gewährten Krankengeldzuschüsse) und mit 30 Hellern für die weiblichen Mitglieder festgesetzt. Der Verbandtag ging dabei gemäß dem Vorschlag der Antragsprüfungskommission noch um 2 Heller über den Vorstandsantrag hinaus. In diesen Beiträgen ist nun auch der Delegationsfonds und was besonders wichtig ist, auch die jährlich beizutragenden 60 Heller für den nur für große Kämpfe gegen die Unternehmerorganisation vorbehaltene Solidaritätsfonds der Reichsgewerkschaftskommission mit einbezogen, wodurch die Heranziehung aller Mitglieder zum Solidaritätsfonds gesichert ist. Von den Unterstufungen wurde bloß die Reiseunterstützung und zwar in der Weise geändert, daß sie nach 52wöchiger Beitragsleistung von 1,20 auf 1,40 Kronen pro Tag ohne Rücksicht auf die eventuelle längere Dauer der Mitgliedschaft erhöht wurde. Zur Sanierung des Verbandes wurde beschlossen, ihm aus dem Vermögen des deutschen, tschechischen und polnischen Verbandsorgans insgesamt 50 000 Kronen zuzuwenden. — Mit stürmischem Beifall nahm der Verbandtag, dem auch Genosse Th. Leipart

Stuttgart beizubehalten, die Erklärung des Gewerkschaftssekretärs Genossen Anton Hueber-Wien entgegen, daß erforderlichenfalls die gesamte organisierte Arbeitererschaft Österreichs den ausgesperrten Tischlern Wiens beistehen werde.

Ueber den Stand der österreichischen Holzarbeiterorganisation wäre folgendes zu sagen: Der Mitgliederstand ist 31 818, um 11,28 Proz. mehr als 1907. Die Fluktuation ist enorm. In den zwei Jahren gingen dem Verband nicht weniger als 26 101 Mitglieder wieder verloren! Der Verband hatte Lohnbewegungen: 1906: 180, 1907: 108 und 1908: 115, die insgesamt 29 000 Personen und 8500 Betriebe betrafen. Die Kosten betrugen mehr als 450 000 Kronen. Für mehr als 19 000 Arbeiter wurden Verkürzungen der Arbeitszeit von 10 bis 21 Stunden wöchentlich errungen, für 9800 Arbeiter Lohn erhöhungen von 5 bis 40 Proz. In den drei Jahren wurden 64 Kollektivverträge abgeschlossen. In Arbeitslosenunterstützung wurden 1907 und 1908 zusammen 3 48 000 Kronen ausgezahlt. Die Gesamteinnahmen stiegen in der Periode von 1902 bis 1908 von 47 706 auf 688 567 Kronen, die Gesamtausgaben von 36 900 auf 745 363 Kronen.

Der Verband der

Siegelarbeiter.

der ebenfalls zu Ostern seine Tagung abhielt, hatte in den Jahren 1907 und 1908 an Einnahmen 7 000 Kronen zu verzeichnen und erzielte wesentliche Verbesserungen für diese geknechtete und gedrückte Arbeiterschaft. Der Verbandstag brachte einen imponierenden Beweis proletarischer Solidarität: Die Brüner Fleger erklärten, die Wiener in ihrem möglicherweise bald ausbrechenden Kampf pro Mann mit einer Krone wöchentlich zu unterstützen. Auch der sehr rührige Verband der

Tabakarbeiter

und Arbeiterinnen hielt Ostern seinen Verbandstag ab. Befanlich ist der Tabak in Österreich Monopol, aber es wird gerade von der staatlichen Verwaltung und Betriebsleitung der Organisation der Arbeiterinnen kein besonderer Widerstand mehr geleistet. Dafür arbeiten aber die Fabrikanten mit Hochdruck und allem Terrorismus, und da die Tabakfabriken größtenteils in den rückständigsten, verelendeten und verdumpfsten Gebieten liegen, hat der Verband ein sehr schweres Arbeiten. Immerhin ist der Mitgliederstand seit 1904 von 3288 auf 6555 gestiegen, obgleich die Zahl der Beschäftigten infolge Einführung der Zigarettenmaschinen unansehnlich sinkt. Von je 1000 Beschäftigten sind erst 173 organisiert. Der Verband erkämpfte — auch dank der sozialdemokratischen Abgeordneten — 1905—1906 Lohn erhöhungen im Gesamtbetrag von 4 063 262 Kronen. Seine Einnahmen stiegen von 1907—1908 von 76 576 auf 95 777 Kronen, seine Ausgaben im gleichen Zeitraum von 68 489 auf 88 186 Kronen.

Der

Steinarbeiterverband

steigerte 1904—1908 die Zahl seiner Ortsgruppen von 43 auf 89, der Mitglieder von 2000 auf 4702. Die Einnahmen stiegen von 18 837 auf 81 621 Kronen, die Ausgaben von 14 483 auf 83 297 Kronen. Das Geschäftsjahr 1908 schloß infolge der Krise mit einem Fehlbetrag ab.

Der

Zentralverein kaufmännischer Angestellter

Österreich hat ein Jahr des intensivsten Kampfes um die Seidenzursperre, die er in Wien vielfach durchzusetzen vermochte, und gegen die in der Provinz noch vielfach gestattete mehrstündige Sonntagsarbeit hinter sich. 1908 stieg die Zahl der Ortsgruppen trotz heftigster Gegenagitation der Deutschnationalen („Hamburger Schwindl“) auf 54, 2828 Neubetriebe erfolgten, die Einnahmen betrugen 187 686 Kronen, während sie 1906 noch nicht 66 000 Kronen erreicht hatten. Bei den Wahlberechtigungswahlen der Handelskammern in Wien, Kuffig, Teplitz, Olmütz, Lemberg usw. hegten die Kandidaten des Zentralvereins.

Die Tagungen aller dieser Verbände, zu denen noch die der jugendlichen Arbeiter kam, verliefen in größter Einmütigkeit und werden durchwegs von günstigem Einfluß auf die Entwicklung dieser Organisationen sein.

Erwähnt sei noch, daß auch der

Niederösterreichische Forstarbeiterverband

einen Verbandstag abhielt, auf dem die Geneigtheit zu späterer Verschmelzung mit dem Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter (Sich. Gabelung a. Reife, Nordböhen) und dem ausländischen Verband (Sich. Brud. a. Kur, Steiermark) zum Ausdruck kam. Dieser letztere Verband hat durch die zu seinen Gunsten erfolgte Auflösung des Landesgewerkschaftsvereins für Kärnten einen ziemlichen Zuwachs zu erwarten.

18. Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer Deutschlands.

Stuttgart, 22. April 1909.

Stierter Verhandlungstag.

Ueber

Kranken- und Arbeitslosenunterstützung

referiert Edu. Hamburg. Zu diesem Punkt haben 48 Jahrestellen mit 10 863 Mitgliedern Anträge gestellt auf weiteren Ausbau der Arbeitslosenunterstützung, andere Jahrestellen weiterem die Einführung der Krankenunterstützung. Das Streben nach Einführung der Krankenunterstützung ist bereits aus dem Jahre 1903 vorhanden. Die letzte Generalversammlung beauftragte den Vorstand mit der Ausarbeitung einer Vorlage; nach gründlichen Erhebungen, an denen 66 Proz. der Jahrestellen und 54 Proz. der Mitglieder sich beteiligten, ergibt sich, daß die Krankenunterstützung der Arbeitslosenunterstützung angepaßt sein müßte. Redner schildert ziffernmäßig die Ergebnisse der Erhebungen. Bei Einführung der Krankenunterstützung würde sich eine Beitrags-erhöhung notwendig machen. Dieselbe würde bei 50 Pf. Unterstützung 5 Pf., bei 75 Pf. Unterstützung 10 Pf. betragen müssen. Unüberwindliche Hindernisse stehen der Einführung also keineswegs entgegen. Es fragt sich nur, ob die Einführung praktisch ist. Da aber die Arbeitslosenunterstützung noch gar nicht ausgebaut werden konnte, so sei wohl von einer Neueinführung abzuraten. Seit Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist zum ersten Male die Gelegenheit geboten, daß sich eine Generalversammlung damit beschäftigen kann. Es kann ausgesprochen werden, daß dieselbe die Feuerprobe großartig bestanden hat. Es sind hohe Ansprüche an dieselbe gestellt worden, sie hat mit dazu beigetragen, daß die Fluktuation nicht derartige Lücken in unseren Reihen gerissen hat wie früher.

Die Einnahme der Beiträge für die Arbeitslosenunterstützung, die am 1. Mai 1905 begannen, brachten bis zum 31. Dezember 1908 die Summe von 920 614 M. Es wurden in diesem Zeitraum verausgabt 827 986 M., am Jahresschluß 1908 war mithin ein Ueberschuß von 92 628 M. vorhanden. In den Monaten Januar und Februar dieses Jahres sind bereits 353 594 M. für diesen Zweck verausgabt worden. Befragt wurde, ob ohne Schaffung einer besseren finanziellen Grundlage kein besserer Ausbau dieser Unterstützungsweises möglich ist.

Redner plädiert für Ablehnung aller Anträge, die auf Erhöhung der Unterstützungssummen und Aenderung der Rangfolge hinauslaufen. Er bespricht sodann die gestellten Anträge und welche Wirkung die Annahme derselben auf die Organisation auszuüben vermag.

Die

Debatte

eröffnet Dreß-München. Er gibt seiner Freude Ausdruck, daß das Krisenjahr 1908 die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenunter-

stützung bewiesen habe. Kein Mitglied möchte heute diese Einrichtung im Verlande lassen. Das geht wohl zur genüge aus den Anträgen auf weiteren Ausbau derselben hervor. Die Krankenunterstützung ist nach seiner Meinung abzulehnen. Dafür seien die Höhe der Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen resp. ist dieselbe so zu gestalten, wie sie die Holzarbeiter haben, das heißt, es ist eine Steigerung der Summe nach der Dauer der Mitgliedschaft einzuführen.

Stoll-Königsberg spricht in warmen Worten für die Einführung der Krankenunterstützung. Er schildert das Wesen der Privatversicherungen, wie es in der „Vittorio“ und „Friedrich Wilhelm“ zum Ausdruck kommt, die im letzten Jahre 45 Proz. Dividende zur Verteilung bringen konnten. Diese Volksversicherungen haben zumeist Eingang in Arbeiterkreisen gefunden. Wenn es der Arbeiterbewegung gelingen würde, derartige oder ähnliche Einrichtungen zu treffen, dann dürften Millionen für die Arbeiterbewegung frei werden.

Partens-Kiel: In dem Ausbau unserer Organisation haben die Mitglieder ein reges Interesse und daher werden sie alles in der Hand auch gerne Opfer dafür bringen. Die Einführung der Krankenunterstützung muß vorläufig noch unterbleiben, dafür ist jetzt nicht die passende Zeit.

Kube-Berlin spricht gegen eine Beitragserhöhung. Was jetzt habe noch jede Beitragserhöhung eine Erschütterung des Mitgliederstandes zur Folge gehabt, deshalb warnt er vor Neuerungen irgendwelder Art.

Schmaus-München hält die Einführung der Krankenunterstützung neben der Arbeitslosenunterstützung für unmöglich, man dürfe mit den Unterstützungsanstalten eine gewisse Grenze nicht überschreiten, wenn man den Kampfcharakter der Organisation nicht verwischen wolle.

Im selben Sinne spricht Rahn-Hannover und noch eine Anzahl anderer Redner.

Zieger-Berlin: Mit der Einführung der Krankenunterstützung wird man keine neuen Mitglieder; sie hat keinen Zweck für die Organisation. Die Arbeitslosenunterstützung hat den Kampfcharakter nicht untergraben, vielmehr gestärkt. Da aber ein Ausbau derselben mit einer Beitragserhöhung verbunden sein muß, so ist es besser, sie so zu lassen wie sie ist.

Schäpper-Berlin will den Vorstand aufs neue mit Erhebungen über die Möglichkeit der Einführung der Krankenunterstützung betrauen lassen.

Dreß-Nürnberg befreit, daß eine Beitragserhöhung bloß Blut bei den Mitgliedern machen würde. Wenn dieselben sehen, daß ihnen mehr geboten wird, dann werden sie gern zahlen.

Reichen Schmidt und Oswald-Stuttgart glauben, daß eine Beitragserhöhung die Agitation riesig erschweren würde, und aus diesem Grunde müßten alle Anträge, die auf Ausbau der Arbeitslosenunterstützung gestellt sind und deren Annahme eine höhere Belastung der Kasse bedingt, abgelehnt werden.

Kömer (Vorstandsvertreter): Wenn der Vorstand sich zu dieser Frage reserviert verhält, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß er gegen Verbesserungen der Unterstützungsanstalten ist. Der Einführung der Krankenunterstützung steht deshalb sehr sympathisch gegenüber; aber die Zeit scheint ihm nicht dafür geeignet. Auch stellen sich dem Vorgehen auf beiden Gebieten des Unterstützungsweises Schwierigkeiten finanzieller Art entgegen.

Nachdem 30 Redner gesprochen, wird die Debatte durch Schlusssatz beendet. Die Einführung der Krankenunterstützung wird gegen 9 Stimmen, die der Krankenunterstützung gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung wird mit 65 gegen 48 Stimmen beschlossen. Ueber die nun notwendig gewordene Beitragserhöhung soll Freitag debattiert werden.

Aus Industrie und Handel.

800 Millionen-Anleihe.

Unter Führung der Reichsbank und der königlichen Seehandlung (Preussische Staatsbank) gebildet Konfession übernehmen von den Finanzverwaltungen 800 Millionen Mark Deutsche Reichsanleihe und 480 Millionen Mark Preussische konsolidierte Staatsanleihe, je zur Hälfte mit 4 Proz. und 3 1/2 Proz. verzinslich, 4prozentige bis 1918 umfänglich. Die 4prozentigen Stücke sollen zum Kurse von 102,70, die 3 1/2prozentigen zum Kurse von 95,60 begeben werden. Für die öffentliche Zeichnung ist der 3. Mai bestimmt.

Nahrungsmittelpreise und Ernährungskosten.

Berechnet man für 58 deutsche Städte mit einer Einwohnerzahl von 10,5 Millionen Äpfeln auf Grund der Nahrungsmittelkation des Marinekolonats die durchschnittlichen Kosten der wöchentlichen Ernährung einer vierköpfigen Familie, so ergibt sich, daß aus den zahlreichen Preisveränderungen eine Steigerung des Nahrungsmittelaufwandes resultiert. Und zwar stellte sich der Aufwand im Februar durchschnittlich auf 22,38 M. wöchentlich, im März dagegen auf 22,47 M. In 26 von den 58 Städten haben die Lebensmittelpreise eine Steigerung erfahren, in 9 sind sie auf dem Stande des Februar geblieben, in 19 sind sie von Februar auf März gesunken.

Abschlüsse von Bau- und Terraingesellschaften.

Trotz der Depression, die 1908 im Baugewerbe herrschte, konnten die Bau- und Terraingesellschaften das Geschäftsjahr 1908 überwiegend günstiger abschließen als 1907. Bei 88 Aktiengesellschaften, die im März ihre Abschlüsse pro 1908 veröffentlicht haben und deren Aktienkapital sich zusammen auf 88,35 Millionen Mark beläuft, stellte sich die Dividendensumme auf 3,87 Millionen Mark gegen 2,09 Millionen im Jahre 1907. Durchschnittlich ergibt sich für 1908 eine Dividende von 4,8 Proz. gegen 3,7 Proz. im Jahre zuvor. Von den Bau- und Terraingesellschaften, die eine höhere Dividende zur Ausschüttung brachten, ist vor allem die Neue Wohn-Aktiengesellschaft in Berlin zu nennen, die auf ein Aktienkapital von 26 Millionen Mark 1908 8,5 Proz. verteilte gegen 7 Proz. im Jahre 1907. Ungewöhnlich gestiegen ist auch die Dividende bei der Terraingesellschaft Klosterland in Hamburg und zwar von 16,8 Proz. auf 34 Proz. Bei der Haberslebener Bau-Aktiengesellschaft stieg sie von 7 auf 10 Proz. und bei der Vost-Eisenbeton-Aktiengesellschaft von 8 auf 8 Proz. Gleichgeblieben ist die Dividende vornehmlich bei der Dresdener Baugesellschaft, die in beiden Jahren 5 Proz. verteilte, ferner bei dem Bauverein zu Hamburg, bei der Frankfurter gemeinnützigen Baugesellschaft, bei der Terraingesellschaft Neu-Babelsberg, der Hannoverischen Immobilien-Aktiengesellschaft und anderen. Bemerkenswert ist, daß der Gewinnüberschuß relativ kräftiger gewachsen ist als die Dividende. Während letztere nämlich um 0,9 Proz. des Aktienkapitals erhöht worden ist, ist der Gewinnüberschuß um 1 Proz. hinausgegangen; er stellte sich 1907 auf 5,43 Millionen Mark und ging 1908 auf 9,33 Millionen hinauf. In Prozent des Aktienkapitals betrug er 10,6 gegen 9,6 Proz. im Vorjahre.

Elektrische Schnellbahn.

Trotz der ablehnenden Haltung des Ministeriums hat man das Projekt einer elektrischen Schnellbahn, die das Ruhrgebiet durchquert, nicht fallen gelassen. Wie die „N.-Wesf. Zig.“ berichtet, hat die kommunale Vereinigung für den Bau einer rheinisch-westfälischen Städtebahn einstimmig beschlossen, an dem Bau der elektrischen

Schnellbahn von Dortmund nach Düsseldorf durch das Industriegebiet festzuhalten und die Ausarbeitung des Planes sofort in Auftrag zu geben. Mit den Interessenten des nördlichen Teiles des Industriebezirks soll nach wegen gleichzeitigen Baues einer nördlichen Linie — Herne-Düsseldorf — und auch wegen Aufbringung der Kosten für die Vorarbeiten hierfür Verbindung gesucht werden.

Folgen der Krise.

Der Dortmunder Verkaufsverein für Niegelsfabrikate, dem 48 Gesellschaften mit 55 Oefen und 237 Millionen Steinen Produktionsmöglichkeit angehören, konnte im Jahre 1908 nicht einmal die um 50 Proz. eingeschränkte Erzeugung aus 1907 unterbringen. Es blieben 8 1/2 Millionen Steine übrig. Zu Beginn des Jahres 1909 lagerten mit der Erzeugung aus 1908 9 1/2 Millionen Steine. Der Gesamtumsatz belief sich 1908 auf 60,8 Mill. Steine, 6 1/2 Proz. weniger als 1907. Nach der Meinung des Vorstandes sind die Aussichten etwas günstiger geworden, der Absatz aber ist immer noch minimal.

Industrielle Auswanderung.

Nach einer Meldung aus Moskau, hat die Firma Krupp die Errichtung eines Werkes im russischen Zentralasien beschlossen. Es sollen hier Pressen für die Reinigung von Baumwolle hergestellt werden. Die Firma liefert bereits heute ihre Spezialpressen für diese Zwecke nach russischen Zentralasien, jedoch soll der Transport sich so teuer stellen, daß die Fabrikation am Abgabebiet selbst sich lohnen wird zu gestalten. Verhandlungen mit Vertretern der Moskauer Baumwollindustrie, der Eigentümern resp. Pächtern des größten Teils der zentralasiatischen Baumwollplantagen, sollen bereits zu einem befriedigenden Resultat geführt haben. Zurzeit ist der Vertreter der Firma Krupp auf dem Wege nach Zentralasien.

Russische Handelsbilanz.

Interessante Ziffern über die russische Handelsbilanz veröffentlicht der Rat des Kongresses der Fabrikanten und Kaufleutevertretung. Im Jahre 1908 betrug die russische Ausfuhr 988 Mill. Rubel, 1907 901 Mill. Rubel, 1906 1001 Mill. Rubel. Die Einfuhr im Jahre 1908 hatte den Wert von 747 Mill. Rubel, für 1907 701 Mill. Rubel und für 1906 674 Mill. Rubel. Während die Getreideausfuhr im Jahre 1906 420,6 Mill. Rubel (1907 423 Mill. Rubel) betrug, hatte sie im Jahre 1908 den Wert von nur 375 Mill. Rubel. Gestiegen ist die Ausfuhr von Zucker. Dies alles aus der Ziffernsprache übersetzt bedeutet: Rußland bezahlte bisher seine Zinsen mit dem Getreide, welches dem russischen Bauern vom Grunde weggenommen wurde. Jetzt darbt der Bauer noch mehr, aber es gibt kein Korn, das man ihm nehmen kann. Die Vernichtung der Holzausfuhr bedeutet, daß die Vernichtung der Wälder fortschreitet.

Soziales.

Politischer Mißbrauch des Privatversicherungsgesetzes.

Nach dem Privatversicherungsgesetz ist die Aufsichtsbehörde befugt, „diejenigen Änderungen zu treffen, welche geeignet sind, den Geschäftsbetrieb mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Geschäftsplan im Einklang zu erhalten oder Mißstände zu beseitigen, durch welche die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät“. Die Fassung dieser Vorschrift und der in § 7 des Privatversicherungsgesetzes („daß Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird“) ist im Reichstage trotz der geltend gemachten Bedenken gewählt, daß der Rechtsschutzbegriff „gute Sitten“ Anlaß zu politischen Mißbräuchen geben könne. Man hielt eine solche Besorgnis für unberechtigt, da durch den gewählten Ausdruck nur nach den allgemeinen Anschauungen wider die guten Sitten verstoßende Handlungen verhindert werden sollten, z. B. Versicherungen gegen die aus Verurteilungen wegen strafbarer Handlungen oder aus auferhelidem Verschlag folgende Vermögensnachteile.

Die politische Einseitigkeit und Fanatismus gegen die Sozialdemokratie trotzdem dem Privatversicherungsgesetz eine andere Deutung gibt, zeigt das Vorgehen des Oberbürgermeisters in Solingen gegen die Sterbekasse „Eintracht“ in Solingen. Solingen hat kürzlich die Zahlstelle Wald dieser Kasse aus einem bürgerlichen Lokal in das dortige Gewerkschaftshaus verlegt. Auf Veranlassung des Bürgermeisters in Wald, der das dortige Gewerkschaftshaus mit seiner besonderen Abneigung verfolgt, hat nunmehr als Vertreter der Aufsichtsbehörde der Oberbürgermeister in Solingen den Vorstand besagter Kasse aufgefordert, die Verlegung der Zahlstelle ins Gewerkschaftshaus rückgängig zu machen. Für den Fall der Nichtbefolgung der Anordnung wurde sämtlichen Vorstandsmitgliedern auf Grund des Privatversicherungsgesetzes eine Geldstrafe von 50 M. angedroht. Als Grund dieser Maßregel wurde angegeben, daß das Gewerkschaftshaus von der sozialdemokratischen Partei mit unterhalten würde, weshalb die Aufsichtsbehörde nicht dulden könne, daß eine Filiale der genannten Kasse in dasselbe verlegt würde. Gegen diese oberbürgermeisterliche Verfügung ist selbstverständlich Beschwerde eingelegt.

Eine für Krankenkassen wichtige Entscheidung.

fällte am Mittwoch der Bezirksauswahlschuss Erfurt unter Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Fieber. Von der Ortskrankenkasse in Mühlhausen i. Th. wurde am 29. November die Wahl von 216 Vertretern zur Generalversammlung vorgenommen. Im Wahllokal, einem Restaurant, waren Kandidatenlisten ausgelegt, die jeder Wähler nach Belieben, mit oder ohne Streichungen, benutzen konnte. Die Stimmzettel wurden dann gesammelt, versiegelt und am anderen Tage von zwei Besitzern ausgezählt. Gegen dieses Wahlverfahren wurde von einem Mitgliede Protest erhoben, weil es gegen die Geheimhaltung der Wahl verstoßen habe, die Wähler hätten sich gegenseitig bei der Wahl kontrollieren können. Der Magistrat von Mühlhausen, als untere Aufsichtsbehörde, gab dem Antrage statt und erklärte die Wahl für ungültig. Gegen diesen Entscheid legte der Geschäftsführer der Krankenkasse Beschwerde beim Bezirksauswahlschuss ein. Der Bezirksauswahlschuss wies die Beschwerde des Krankenkassenvorstandes gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl zurück. Der Regierungspräsident hob in der Begründung hervor, das Wahlgeheimnis sei nicht verletzt worden, bei der großen Zahl der zu wählenden Vertreter sei ein anderer Wahlmodus, als das Auslegen von Listen, nicht möglich. Der Bezirksauswahlschuss habe seine Prüfung aber auf das ganze Wahlverfahren erstreckt und sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Verstoß gegen das Statut vorliege, weil der Vorstand bei der Feststellung des Wahlergebnisses nicht mitgewirkt habe und sonach nicht genügend Sicherheit für den ordnungsmäßigen Verlauf der Wahl gegeben war. Die Stimmenauszählung mußte unmittelbar nach der Wahl erfolgen. Mit der Verkündung des Wahlergebnisses finde der Wahltermin erst seinen ordnungsgemäßen Abschluß, denn man konnte nicht wissen, ob etwa Stichwahlen notwendig waren.

Was das Ausland der deutschen Volksschule nicht nachmacht.

Deutschlands Volksschulen erfreuen sich nach den Versicherungen der offiziellen Vertreter des Auslands und öffentlichen Unterrichts im Auslande des denkbar besten Rufes: noch immer lehren Ausländer oft und gern zu Studienzwecken in deutschen Schulhäusern ein, und im Schulwesen fremder Staaten fehlt es nicht an Einrichtungen, die ungewissheit deutschen Ursprungs sind. In einem Punkte ist uns

das Ausland aber doch nicht gefolgt. Die Mehrzahl der fremden, insbesondere fast alle benachbarten Kulturstaaten, haben den deutschen Volksschule nach der sozialen und materiellen Lage der Eltern zu gliedern, nicht musterhaft finden können und darum auch nicht auf die heimischen Verhältnisse übertragen. Frankreich, die Schweiz, Oesterreich, die norddeutschen Länder und Amerika verzichteten darauf, die Jugend nach Stand und Geldbeutel der Eltern zu trennen und in verschiedenen getrennten Grundschulen zu beschulen. Von der so gegliederten Elementarschule, einer Eigenart des deutschen, und zwar besonders des nord- und mitteldeutschen Volksschulwesens, wollen sie nichts wissen. Und sie tun recht daran, sich diese unerschöpfliche Quelle des Kastengeistes und Standesdünkels, der sozialen Zerküftung und Verbitterung fernzuhalten. Die guten Erfahrungen, die man im Auslande und in vielen bayerischen Städten mit der gemeinsamen Schule in langen Jahren gemacht hat, sollten zur Beseitigung der unsozialen Standesschule endlich ermutigen. Auch nach anderen Richtungen hin könnte Deutschland recht viel von ausländischen Schulen lernen.

Eine neue genossenschaftliche Gründung.

Mit den paar Mark Dividenden, die der einzelne am Jahresfluß herausbezahlt erhält, kann er nicht viel ausrichten; legen aber die Tausende von Mitgliedern die anfallenden Dividenden zusammen, so lassen sich große Werke schaffen zum Nutzen aller! — So hat der Bauern doktor Heim zu seinen nach Tausenden in Genossenschaften organisierten bayerischen Bauern gesprochen. Und er gründete aus den von den Bauern nicht abgehobenen Dividenden die bekannte Bauernuniversität in Regensburg, die jährlich im Winterhalbjahr 100 Bauernjöhnen oder selbständigen Bauern Gelegenheit gibt, sich Univerfialbildung fürs praktische Leben anzueignen. Der zweijährige Betrieb der Bauernuniversität hat die an sie gestellten Erwartungen vollauf befriedigt.

Nun hat Dr. Heim wieder eine neue Gründung im Werk: Er baut ein Altersversorgungsheim und Sanatorium für Diensthoten und Bauern in dem bayerischen Dörfchen Planstetten. Und wieder liefert die über ganz Bayern zentralisierte große Bauerngenossenschaft durch Zurückhaltung der Dividenden dazu die Mittel. Die erste Rate zu 50 000 M. ist zum Bau bereits angewiesen. Mit dem Bau wird demnächst begonnen. Zunächst wird ein Teil der Anstalt fertiggestellt. Der weitere Ausbau erfolgt von Jahr zu Jahr. Und in zehn Jahren soll ein Unternehmshaus fertig sein, das 100 Pflanzlinge aufnehmen in der Lage ist. Aber nicht allein der Bau selbst soll aus den genossenschaftlichen Ueberflüssen bestritten werden, sondern auch der Unterhalt und der ganze Betrieb! Vorläufig glaubt Heim neben den Baukosten jährlich 100 000 M. als Betriebskapital zuzuführen zu können.

Dieses Beispiel des wegen seiner „zu demokratischen“ Bestimmung innerhalb des bayerischen Zentrums angefeindeten Bauern doktors zeigt wieder aufs neue, daß man durch genossenschaftlichen Zusammenfluß Großes zu erreichen vermag. Und die Gründung und Finanzierung dieser Institute erfolgt doch erst wieder aus den Ueberflüssen der Bauerngenossenschaften, deren Hauptzweck ist (unter Ausschaltung des Zwischenhändlerturns): gemeinschaftlicher Einkauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Düngemitteln, Rohstoffen usw. und gemeinsamer Verkauf aller landwirtschaftlichen Produkte.

Die Höhe der Unterzahlungen in der Reichsleiter Krankenkasse beläuft sich nach den Feststellungen der Revisoren auf 8000 M. Die von dem verhafteten Rentanten Mütiger gestellte Kaution beträgt 5000 M. Für die Raffinerieität des R. ist bezeichnend, daß er im Jahre 1906, also während der Zeit, wo der Stadtratmeister Hofenleber, der Stadtkassier Bistorf und der von der Regierung entsandte Obersekretär Reyer die Bücher revidierten, wie jetzt festgestellt ist, die Hauptfälligkeiten und Betrügereien verübte. Die gefälltesten Konten ließ er zum Teil einfach verschwinden. Der Betrüger war ein besonderer Schlingel des Oberbürgermeisters, auf dessen Veranlassung ihm seinerzeit auch der Rentantenposten übertragen wurde.

Ohne die vom Abg. Eichhoff gar noch gepriesene rechtswidrige Enthebung des Kassenvorstandes durch den Oberbürgermeister wären die Unterzahlungen voraussichtlich nicht oder doch nicht in dieser Höhe erfolgt. Die Reichsversicherungsordnung will solche rechtswidrigen Eingriffe in die Selbstverwaltung zur Regel machen.

Obstruktion bei einer Neuwahl.

Der gewiß seltene Fall einer Obstruktion bei Gemeindevahlen spielte sich am 21. April in Saalfeld a. S. ab. Die Gemeinderatswahl kam nicht zustande, da als Protest gegen das reaktionäre meiningische Zehnstimmenwahlrecht sich die meisten Wähler der Abstimmung enthielten. Von 2559 Wählern machten nur 759 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Die sozialdemokratische Partei hatte Wahlenthaltung proklamiert. Da zur Gültigkeit der Wahl mindestens die Beteiligung der Hälfte aller Wähler notwendig ist, findet am nächsten Dienstag ein zweites Wahlgang statt, an dem jeder Wähler — bei Androhung von 3 M. Strafe — teilnehmen muß.

Die Kosten der landwirtschaftlichen Arbeitervermittlung.

Welche horrenden Beträge sich die landwirtschaftlichen Arbeitervermittler oder Agenten für ihre Besorgung der von den Agrariern benötigten Menschenware bezahlen lassen, kann man aus einer Zusammenstellung ersehen, die der Privatdozent Dr. Vuer an der landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf gemacht hat. Hiernach betragen die durchschnittlichen Aufwendungen an Provisionen und Reisekosten

	in einer Gefindeperson	eines Saisonarbeiters
Rheinproving	20—40	33—42,50
Westfalen	20—32	30—40
Sachsen	15—50	28,50—31
Schleswig-Holstein	25—40	32,70—45
Brandenburg	18—35	20—25
Pommern	27—38	25—32
Bosen	18—27	22—30
Ostpreußen	15—22	25—32
Westpreußen	12,50—20	21,25—25
Schlesien	18,20—30	15,25—25
Sachsen-Karlsruhe	22—45	34—40
Oldenburg	17,50—30	—
Braunschweig	22—37	25—32
Anhalt	22,75—37	24—30
Königreich Sachsen	21,60—30	28,50—35
Bayern	5—9,50	32—38

Der Agent verlangt für Vermittlung jeder Gefindeperson mit Ausnahme von Bayern mindestens 15 M., für Besorgung eines Saisonarbeiters wenigstens 20 M. Der übrige Teil der Kosten betrifft die Eisenbahnfahrt und die Befestigung der besorgten Arbeiter resp. Arbeiterinnen. Die Eisenbahnfahrt stellt sich dabei verhältnismäßig sehr billig, obgleich die meisten der hierbei in Betracht kommenden Personen aus Rußland oder Galizien kommen, da die Eisenbahnverwaltung für diese ausländischen landwirtschaftlichen Arbeiter 50 Proz. Fahrpreisermäßigung gewährt. Den Gesamtbetrag zieht ja der Agent von dem Auftraggeber, dem Arbeitgeber, ein; aber dieser wägt ihn natürlich durch entsprechende Lohnulärzung und Einbehaltung ganz auf die Arbeiter ab. Diese Agentenprovisionen könnten aber den Arbeitern sehr leicht erspart werden, wenn die Arbeitervermittlung den Arbeiterorganisationen und den Gemeinden übertragen würde. Die Regierung ist hierüber weit entfernt. Sie schöpft vielmehr noch die armen ausländischen Arbeiter entgegen den Staatsverträgen zugunsten des Agentengeschäfts „Arbeiterzentrale“ um 2—5 M. für eine Arbeiterausenthaltskarte, richtiger Zwangsarbeitkarte. Gegen diesen Bruch mit den Staatsverträgen hat sich bekanntlich kürzlich der Reichstag in Verfolg eines sozialdemokratischen Antrages ausgesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Ebenbilder Gottes.

Nach der Lehre der katholischen Kirche sind alle Menschen, mit hin also auch wohl die Frauen, nach dem Ebenbilde Gottes erschaffen. Trotzdem rangiert das weibliche Geschlecht noch nicht auf einer Stufe mit dem Manne — wenn der Papst recht hat. Wie der Prektelegraph berichtet, hat der Stellvertreter Gottes auf Erden beim Empfange der Union der italienischen katholischen Damen eine Ansprache gehalten, in der er sich heftig gegen die Gleichberechtigung der Frau wendet. Der Papst erklärte, daß die Frau nie mit dem Manne auf gleicher Stufe stehen könne und daher auch nicht gleiche Rechte mit ihm genießen könne.

Demnach steht der Mann noch höher als der Herrgott, denn dieser wird seine Ebenbilder doch neben sich dulden.

Muttererleid.

Armes Mädchen wünscht neugeborenes Kind zu beschützen oder in Pflege zu geben. Offerten unter A. F. Postamt 21.

Das Inzerat, einem hiesigen Lokalblatte entnommen, scheidet äußerlich so gleichgültig aus wie alle die vielen anderen. In doch wald' ungeheurer Tragik enthält es! Eine junge Mutter, die kaum das Wochenbett überstanden hat, sieht sich materieller Sorgen halber gezwungen, ihr eben erst geborenes Kind für immer an fremde Leute zu verschicken. Es mag ihr nicht leicht werden, sich von dem kleinen, hilflosen Wesen — ihr eigen Fleisch und Blut — für immer zu trennen. Doch sie muß! Das Kind ist ihr unter den heutigen Umständen eine Fessel; sie selbst weiß ja vielleicht noch nicht, wie und wovon sie ihre Existenz fristen soll. Die Muttergefühle müssen zurücktreten vor der rauhen Wirklichkeit. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, in der ein „gefallenes“ Mädchen als eine Verbannte gilt, und die die junge Mutter lange vor dem Ende des geistlichen Wöchnerinnenstages aus der Wochenstube heraus nach Brot jagt, will das so. Und seufzend und zitternd muß sie sich fügen, muß sie ihr Kind verkaufen, verschicken oder sich selber fortwiegend entledigen und ihre noch schwachen Glieder von neuem der Ausbeutung preisgeben.

Das ist der Tragödie Lauf für so manches Dienstmädchen. Eine Entbindung bildet meist die traurigste Etappe im Leben einer Armen. Schwere Arbeit vorher, noch schwerere nachher. Alles im Dienste des Kapitalismus.

Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen in Schweden.

Schweden hatte sich bisher der Berner Konvention von 1906 über das internationale Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen nicht angeschlossen. Noch im vorigen Jahre wurde ein darauf gerichteter Regierungsvorschlag von beiden Kammern des schwedischen Reichstages verworfen, jetzt aber fand er in der ersten Kammer mit 63 gegen 62, in der zweiten mit 106 gegen 24 Stimmen Annahme. Die Nachtarbeit der Frauen ist mithin beseitigt. Unter den Gegnern des Vorschlages war merkwürdigerweise der jüngst zur sozialdemokratischen Fraktion übergetretene Bürgermeister Lindhagen, weil das Verbot der Frauennachtarbeit seiner Meinung nach eine ungerechte Benachteiligung der Frau im Kampfe ums Dasein in sich schloß und man vor allem erst für politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts sorgen müsse. Lindhagen hatte, seiner Ansicht entsprechend, mit der er übrigens allein stand, in der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag auf Beschränkung der Nachtarbeit für Frauen und Männer eingebracht. Nachdem das Nachtarbeitsverbot für Frauen angenommen war, verlangte er eine Unterzählung über die Nachtarbeit der Männer, um in dieser Hinsicht eine gesetzliche Beschränkung vorzubereiten. Dieser Antrag wurde jedoch mit 109 gegen 69 Stimmen abgelehnt.

Verfammlungen.

Die Hausdiener, Aufseher usw. aus den Wäschebereihsinstituten nahmen in einer Branchenversammlung Stellung zur Feier des 1. Mai. Nach einem Referat mit anschließender Diskussion wurde beschlossen, daß am Sonntag, den 1. Mai, vormittags von 9 bis 11 Uhr, bei Sieber, Seydelstraße 30, Kontor der Feiernden und Abstempelung der Kontrollkarten stattfinden. Ferner soll eine Kontrolle betreffs Zugehörigkeit zur Partei sowie Presse vorgenommen werden. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, Wahlvereinsbuch und Wortwärts-Quittung mitzubringen. Nachdem findet Teilnahme an der allgemeinen Arbeiterversammlung familiärer Verwaltungsstellen des Transportarbeiterverbandes im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße, statt.

Die Generalversammlung des Verbandes der Bäcker und Konditoren tagte am Sonntag im Gewerkschaftshause. Der Kassierer Barth konstatierte in seinem Bericht, daß der Verband auch im vorvergangenen Quartal wieder gute Fortschritte gemacht habe. Die Mitgliederzahl hat sich seit Jahresfluß um 46 gehoben und sind im Vergleich mit dem ersten Quartal des Vorjahres circa 1000 Beiträge mehr geleistet worden. Schneider erstattete den Vorstandsbericht und führte aus, daß auch das jüngst verlossene Quartal für den Verband eine Zeit des Kampfes gewesen sei. Insbesondere galt es, für die Erringung des 36stündigen Ruhetages einzutreten. Hier war die Versammlung vom 16. Februar, in der gegen 3000 Bäcker ihre Stimme für den Ruhestag abgaben, geradezu ein Meilenstein in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Auch einen anderen Schlag hat der Verband gegen seine Gegner geführt, indem er bei der Gesellenwahl der Konditoreninnung die gelbe Garde mit einer Dreiviertelmehrheit gründlich abgeführt hat. Gehsthold begründet einen Antrag zum Verbandsdiag, der im nächsten Jahre in Verbindung mit der Feier des 37jährigen Bestehens der Organisation in Berlin tagen wird, einen Fonds zu gründen, zu dem jedes Mitglied eine Mark beizusteuern hat. Der Antrag wird gegen neun Stimmen angenommen. Ein weiterer Antrag, welcher besagt, daß für Konsumvereine und Genossenschaften nur solche Kollegen vermittelt werden, die drei Jahre Mitglied der Organisation sind, wird von Schubert begründet und gegen sechs Stimmen angenommen. Den Frauen von arbeitslosen Kollegen zu den Verbandsübergangungen freien Eintritt zu gewähren, verlangt ein anderer Antrag. Der Kassierer Barth wendet sich in sachlicher Weise dagegen und führt die Konsequenzen an, die dieser Antrag nach sich ziehen kann, der Antrag wird gegen drei Stimmen abgelehnt. Mit einem Hinweis auf den 1. Mai und der Aufforderung, sich rege an der Versammlung zu beteiligen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Freie Jugendorganisation Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr im Volkshause, Rosinenstr. 3: Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. S. 2 Hamburg.) Filiale Baumhulsenweg. Heute abend 6 1/2 Uhr im Vereinslokal Baumhulsenweg Str. 67.

Deutscher Arbeiter-Absolventen-Bund. Ortsgruppe Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr, Stralauerstr. 13/14 vorn 3 Tr.: Vortr. Diskussionsabend.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute Jahrtag und Aufnahmefeier. 123 im Restaurant und Mariannenstr. 48 im Restaurant von 3 bis 6 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. April er., vormittags 9 Uhr, in der Halle, Poppel-Allee 15—17: Freireligiöse Versammlung. — Vermittlung 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Franzfurter Str. 6: Vortrag von Red. Ida Wilmann über: Die Stimmheit der Gottlosen. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Briefkasten der Expedition.

Vaticanen in Berlin, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilshütte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizeitschriften sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekandt werden.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).
Mitglieder-Versammlungen
 (in der Zeit)
 Bezirk A am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 9.
 " B am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei Ehler, Wiener Straße 25.
 " C am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei Schulz, Alte Kalchstr. 18/19.
 " D am Montag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, bei Hummel, Sophienstr. 5.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht. 2. Bericht über den Stand der Kasse pro 1. Quartal 1909. 3. Verschiedenes.
 Zum Bezirk D findet Ergänzungswahl des Vorstandes statt.
 Die Ortsverwaltungen.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler E. H. 3 Hamburg.
Mitglieder-Versammlungen
 der örtlichen Verwaltungstellen:
 Berlin A: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf, Schillerstr. 21.
 Berlin B: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 8).
 Berlin C: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Zeh, Hornstr. 2.
 Berlin D: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshöhe, Turmstr. 25/26 (H. Saal).
 Berlin E: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Raabe, Kollbergstr. 23.
 Berlin F: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Obig, Schmeider Straße 23.
 Berlin G: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, in Manns Formwaren, Strausberger Straße 3.
 Berlin H: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, bei H. Reibhardt (früher Tolldorf), Görlitzer Straße 58.
 Berlin J: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, im Schwibiders Vereinshaus, Frankfurter Allee 127.
 Lichtenberg, Stralau-Kummelsburg: Am Sonntag, den 25. April, vormittags 8 1/2 Uhr, bei Pletzenhagen, Nichtenberg, Schrammstr. 60.
 Schöneberg: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, in Schöneberg, Wehinger Str. 8 im Tunnel.
 Weißensee: Am Montag, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Rehtopf, König-Hausstr. 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1908 und 1. Quartal 1909. 2. Rechnung der gesamten Ortsverwaltung inkl. Beitragskammer. 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen
 Die Ortsverwaltungen. 184/2

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands
 Verwaltungsstelle Groß-Berlin.
 Sonntag, den 25. April, nachm. 4 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 276.
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Gewerkschaftskommission. 4. Beschlußfassung über den Kartellvertrag aller in den Brauereien in Betracht kommenden Organisationen. 5. Anträge.
 Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.
 145/6 J. H.: H. Schwittau.

Deutsch. Transportarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin II.
 Am Sonntag, den 25. April 1909, vormittags von 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, finden die
Stichwahlen für 6 Delegierte zur Generalversammlung in München
 in folgenden Lokalen statt:
 Zentrum: W. Zieder (früher Engel), Seebastei 30.
 Hallesches Tor: Paul Scholz, Danziger Str. 22.
 Potsdamer-Tor-Besirk: Herm. Nos, Bismarckstr. 68.
 Moabit-Besirk: Ernst Starf, Waldstr. 6, und Purtsch, Spenerstr. 23.
 Wedding-Besirk: August Warand, Seilerstr. 12.
 Gesundbrunnen und Reinickendorf-Ost: Ernst Glöbig, Kolonnenstr. 15.
 Rosenthaler-Tor-Besirk: Gottlieb Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.
 Schönhauser-Tor-Besirk: Karl Hlbig, Dybener Str. 2/3.
 Königstor-Besirk: Friedrich Rausch, Bismarckstr. 12.
 Landsberger-Tor-Besirk: Emil Panten, Heidenfeldstr. 11.
 Frankfurter-Tor-Besirk: Gustav Müller, Große Frankfurter Straße 137.
 Schlesischer-Tor-Besirk: Paul Hoffmann, Oppelner Str. 47.
 Kottbuser-Tor-Besirk: Rixdorf-Nord (sowie Treptow): Gustav Schmidt, Rixdorf, Heidestr. 44.
 Rixdorf-Britz: Ferdinand Hennig, Rixdorf, Heidestr. 69.
 Ober- und Nieder-Schöneweide (sowie Baumenschuldenweg): Friedrich Warnke, Ober-Schöneweide, Wilhelmstr. 18.
 Rummelsburg, Boxhagen, Lichtenberg, Friedrichsberg, Stralau: Georg Bieweg, Mit-Boxhagen 54.
 Weißensee: Hermann Tröger, „Zum Pralaten“, König-Hausstr. 42, Ode Leberstraße.
 Pankow, Schönhausen und Französisch-Buchholz: Carl Abendroth, Pankow, Wöhlkenstr. 31.
 Borsigwalde, Tegel und Reinickendorf-West: August Wendt, Reinickendorf-West, Antonienstr. 61.
 Charlottenburg: Volkshaus Charlottenburg, Hofmannstr. 3.
 Wilmersdorf-Halensee: Fritz Kaefer, Wilmersdorf, Pausenburger Str. 20.
 Schöneberg-Friedenau: Wilhelm Rusche (früher Obf), Schöneberg, Wehinger Str. 6.
 Tempelhof-Marienthal: Martin Müller, Tempelhof, Berliner Straße 41/42.
 Den Mitgliedern ist es freigestellt, in einem der vorgenannten Lokale ihre Stimme abzugeben.
 Als Wahllegitimation dient das Mitgliedsbuch, welches am Eingang zum Wahllokal vorzulegen ist.
 Wer mit seinen Beiträgen länger als 10 Wochen im Rückstand ist, ist nicht wahlberechtigt.
 Stimmzettel erhalten die Mitglieder am Eingang zum Wahlzimmer.
 Die Verwaltung II. J. H.: Albert Hübch.
 Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Hilde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zweigverein Berlin und Umgegend.
 Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
 in Anton Voelkers Festsaal, Weberstr. 17.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909 und Bericht der Revisoren. 2. Stellungnahme zur Maifeyer. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
 Der Zweigvereinsvorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
 Sonntag, den 25. April, vormittags 10 Uhr, in den Urminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (großer Saal):
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 2. Beschlußfassung über den Antrag aus den Bezirken, die Arbeitslosenmarken von der ersten Woche ab aus der Lokalfasse zu zahlen. 3. Stellungnahme zur Maifeyer. 4. Verschiedenes.
 Die Kollegen werden ersucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
 J. A.: G. Schulz.

Zentralhaus moderner Herrenkleidung
 Neuo Friedrichstr. 35, neben der Zentral-Postfiliale, Defest an jedermann elegante Herren-Garderoben fertig und nach Maß unter Garantie für tadellosten Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 M. an. Auf Wunsch Besuch des Besizers mit neuesten Stoffmustern. Sonntags geöffnet.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.
 Geschäftsstelle Berlin C. 54, Pulaski-Str. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4518.
 Sonntag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr:
Mitglieder-Versammlung aller Gruppen
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Verbandsvorsitzenden Martin Etzel über: „Krisis und Brauereiarbeiter“. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1909. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Die wichtige Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen. — In dieser Versammlung haben alle Brauereiarbeiter, auch wenn sie nicht Mitglieder des Brauereiarbeiter-Verbandes sind, Zutritt. — Kollegen, welche die Inorganisierung mit in diese Versammlung, Die Ortsverwaltung. 42/16

Leske & Lehrer
 78 Kottbuser Damm 78
 Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidung
 — fertig und nach Maß. —
 Diese Grundsätze bürgen Ihnen für die Solidität und Reellität der Firma
Denken Sie nur bestimmt daran, bevor Sie Ihre Einkäufe zum Sommer erledigen, unsere großen Läger zu besichtigen. Sie finden bei uns stets das Neueste vorrätig. Wir empfehlen Ihnen:

Herren-Anzüge 58, 54, 50, 45, 40, 36, 15 Mk. 33, 30, 27, 24, 21, 18, 15 Mk.	Paletots und Ulster 34, 30, 25, 20, 15, 10, 15 Mk. 30, 27, 25, 22, 21, 10, 15 Mk.
Knaben-Anzüge und Paletots 20, 18, 16, 14, 12, 10, 3 Mk. 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3 Mk.	Herren-Hosen 22, 20, 18, 16, 14, 12, 10, 275 9, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 Mk.
Anzüge nach Maß 34 ⁰⁰ von Mk. an	Paletots nach Maß 32 ⁰⁰ von Mk. an

Leske & Lehrer
 78 Kottbuser Damm 78
 ::: Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung :::
 — fertig und nach Maß. —
 Spezial-Abteilung:
 ::: Bekleidung für sämtliche Berufe. :::
 Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer!

Den Parteigenossen
 der Bezirke 679 und 676 unseres besten Dank für die Gratulation zum überm. Geburtstag.
 Ernst Müller und Frau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeigen.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Friedrich Lux** an Kopfverletzung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Simeon-Kirchhofes in Brigg statt.
 Ferner starb am 19. April unser Mitglied, der Arbeiter **August Laurent**. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Französischen Kirchhofes in der Wolanstraße statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 116/1 Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Nachruf!
 Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege **Max Schuch** am 19. April im Alter von 35 Jahren gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 162/13 Die Ortsverwaltung I.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
 Zweigverein Berlin.
 Sektion der Gips- u. Zementbranche
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Zementierer **Paul Klose** (früher Schönhauser Vorstadt) am 22. April im Alter von 43 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 12 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Alster-Schönhausen (Nordend) statt.
 Regte Beteiligung erwartet
 187/5 Der Sektionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Albert Preppernau** am 21. April verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Jerusalemer Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwiegervaters **Friedrich Berg** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
 Karl Brauer und Frau.

Albesfinier-Pumpen
 zum Selbstausstellen für Gartenbesitzer u. Landbesitzer komplett von 8 M. an.
 Hängelampfen, Gartenpumpen in großer Auswahl. Größter Lager.
Carl Köchlin & Co.,
 Berlin SW.,
 (IV 1078) Alte Jakobstr. 18/19.

Sanssouci, Kottbuser
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Jeder Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutscher Sänger
 und Frühlingskränzen. Einakter, Ensemblekonzerte, Aktuelle Vorträge in Wort und Bild etc.
 Beg. Sonntag, 8. modern. 8.11. Morgen Sonntag: Gr. Elite-Soiree. Tanz. Jed. Dienstag: Theaterabend.

Flugblattverbreitung.

Achtung! Am Sonntag, den 25. April, von 8 Uhr früh an, findet in Berlin und allen Orten der Umgegend eine Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen, vollständig zur Stelle zu sein, damit die Verteilung prompt und schnell erledigt wird.

Auch für den Niederbarnimer Kreis findet, entgegen früheren Bestimmungen, die Verbreitung gleichfalls am Sonntag statt und zwar in allen Bezirken des Kreises.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Die neue Lokalliste erscheint zum Himmelfahrtstage. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuannahmen bis spätestens Sonntag, den 2. Mai, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Vartisch, NW. 23, Pflanzstraße 32.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bärlachstraße 47.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 93.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, O. 34, Straßmannstraße 29.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Dahnisch, C. 54, Auguststraße 51, Luergeb. IV.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Uedermünder Straße 17, II.
Für Niederbarnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.
Für Teltow-Deestow an den Genossen Karl Kott, Nigdorf, Selchower Straße 15-18, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen August Paris, Welten, Luisenstraße 17.
Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorstehen der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Am das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzulegen, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 2. Mai einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten.

Des Weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergnügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 58, Uedermünder Straße 17, II.

Nigdorf. Zu dem am Mittwoch, den 28. April in Goppes Festsaal, Hermannstraße 49 stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des Genossen Geel über die babische Revolution sind noch Eintrittskarten zum Preise von 10 Pf. bei den Bezirksführern und in der Expedition Redarstraße 2 zu haben. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Hafensee. Am Sonntag, den 25. April, morgens 8 Uhr, findet von allen Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Steglitz. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Friedenau. Am Sonntag früh Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Heute Sonnabendabend Materialausgabe bei Gustav Schönefeldt, Rheinstraße 31; dort ist heute auch die Bibliothek von 8 bis 10 Uhr abends geöffnet. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Sonntag findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Tempelhof. Morgen Sonntag Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Der Vorstand.

Britz-Buckow. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Schwargendorf. Am Sonntag früh findet im Ort eine Hausagitation statt. Die Genossen werden ersucht, das Material hierzu um 1/2 5 Uhr im Lokal „Lindenbaum“ abzuholen. Der Vorstand.

Rummelsburg. Am Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus über den ganzen Ort eine Flugblattverbreitung statt. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß am Dienstag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, im Saale der Wwe. Weigel eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins stattfindet. In dieser Versammlung referiert Genosse Müller über: Unser Gemeindeprogramm und die Stellung der hiesigen sozialdemokratischen Gemeindevertreter zum Gemeindesteuerzuschlag für 1909. Der Vorstand.

Stralau. Am Sonntag, den 25. April, morgens 8 Uhr von allen Bezirkslokalen Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Sonntag früh findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Röpenitz. Die morgen Sonntag stattfindende Flugblattverbreitung erfolgt früh 1/2 5 Uhr von den bekannten Lokalen aus.

Friedrichsfelde. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung statt.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Otto Käsch die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung enthält wichtige Beratungsgegenstände. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Morgen (Sonntag) früh 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonntag, den 25. April, findet die Beschäftigung der Wohlfahrtsausstellung in Charlottenburg, Traunhoferstraße 11/12, statt. Treffpunkt um 11 Uhr vormittags bei Madjes, Kaiser-Wilhelm-Straße 10. Für Nachzügler um 1 Uhr vor der Ausstellung. Um 8 Uhr früh findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Pankow. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Tegel. Am Sonntag findet Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

Waldershof. Morgen Sonntag, früh 8 Uhr, vom Lokal Töpfer, Gelbigstraße 31, aus Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Grünau. Sonntag, den 25. d. M., Flugblattverbreitung. Materialausgabe 7 1/2 Uhr in der „Grünen Ede“, Köpenicker Str. 88.

Knowawes. Morgen, Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Treffpunkt 8 Uhr früh bei Gruhl, Prießnerstraße 89.

Des Weiteren werden die Mitglieder des Wahlvereins darauf hingewiesen, daß vormittags von 9-12 Uhr in den bekannten Lokalen die Beiträge des Wahlvereins einkassiert werden.

Die Bibliothek befindet sich vom Sonntag ab im Lokal des Genossen Singer, Prießnerstr. 31, 1 Treppe. Der Vorstand.

Staaken. Am Dienstag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, findet in Gnädigs Gasthof eine Vollversammlung statt. Tagesordnung: Neue Volkslisten als Reichsfinanzreform. Referent: Genosse Gewerkschaftssekretär H e y s c h o l d - Berlin.

Sonntag, den 25. April, früh 8 Uhr: Handzettelverteilung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Berliner Frühling.

Die Rosenflächen auf den öffentlichen Plätzen erglänzen wieder wie smaragdener Samt, und das Spagenvolk, das sich lärmend darauf herumtummelt, hat alle Bande frommer Ecken von sich geworfen. Der Anblick des höchst unmoralischen Treibens, mit dem die Sperlinge den Frühling auf ihre Weise zu feiern sich nicht entblöden, peinigt die männlichen und weiblichen Patschwestern unter den Passanten.

In vollem Flor steht der Berliner Straßenbaum, die Ulme, jene Holzkant, die am besten noch dem Staub der Gassen, den giftigen Dämpfen der Großstadt, den Licht und Luft von ihren Wurzeln abschließenden Asphaltdecken zu widerstehen vermag. Es ist ein bescheidener Flor. Nur hier und da hebt einer den Kopf zu den dichten Büscheln, die gebrängt neben den Aestchen sitzen und zahllose unscheinbare Blüten vereinigen. Alle Aestchen sind horizontal ausgebreitet. Auf diese Weise wird das Licht von oben in der günstigsten Weise ausgenutzt, ohne daß die Knospen in den Schatten geraten. Das selbe Prinzip befolgen die später nachfolgenden Blätter. Auch sie breiten sich horizontal aus, denn sie lieben das Licht.

Bei den Verkaufsständen der Blumenhändler, den fliegenden und festen, herrscht das leuchtende Gelb der Narzissen. Vellchen, Raglöchen, gefüllte Anemonen werden ausgerufen. Gern sucht das Auge die bunten Auslagen der Blumenläden, denn unsere eigene freie Natur ist noch viel zu arm und nicht immer sind die Anemonenwälder hinter Spandau erreichbar. Auch auf den hängenden Gärten, den Balkonen, wird es nun lebendig, denn ein sicherer Frühlingbote, der Mann, der frische Blumen erde zu verkaufen hat, geht schon lange um; ein eifriges Umackern der Blumenstöcke hat begonnen und sendet manchem Passanten Spuren davon auf den neuen Frühlingshut.

So dürfen wir hoffen, daß das Berliner Straßenbild bald wieder einen angenehmeren Eindruck machen wird. Straßenbäume und Vorgärten werden ergrünen, Pflöhen und spanische Kressen auf den Balkonen in die Höhe klettern, und auch die Sperlinge werden wieder in moralischere Bahnen einlenken.

Übermäßige Ausnutzung von Berliner Waisenkindern.

In den kürzlich erschienenen Jahresberichten preussischer Gewerbeinspektoren wird aus dem Regierungsbezirk Arnberg berichtet:

„In gewissen Gegenden, wo die Kleinindustrie verbreitet ist, lassen sich die Fabrikbesitzer durch Vermittelung von Agenten jugendliche Arbeiter aus Berlin und aus den Provinzen Ost- und Westpreußen kommen. Diese jungen Leute, welche meist Waisen oder Halbwaisen sind, erhalten bei ihrem Arbeitgeber Kost und Logis und werden häufig vor oder nach ihrer Tätigkeit in der Fabrik oder Werkstatt zu häuslichen und landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen und übermäßig ausgenutzt. Der Besitzer einer Werkzeugfabrik, der schon zweimal wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter bestraft worden ist, und der sich auch in bezug auf die Beschäftigung dieser fremden jungen Leute an keine gesetzlichen Bestimmungen legte, wurde wegen Vergehens gegen die Schutzbestimmungen der §§ 135, 136 und 138 der Gewerbeordnung zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt.“

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob von der hiesigen Waisenverwaltung Waisen nach dieser Gegend gegeben worden sind, und wenn das der Fall ist, dürfte es angebracht sein, Vorbehalte zu treffen, diese jungen Leute vor übermäßiger Ausnutzung zu schützen.

Die Spre-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“ wird am kommenden Sonntag ihre Dampfer wie folgt verkehren lassen: 1. Ab Jannowitzbrücke: 9 Uhr nach Wolterdorfer Schleiße (einfache Fahrt), von 2-5 Uhr stündlich bis Grünau, von 2-5.30 Uhr halbstündlich bis Loreley (Nieder-Schöneweide). Alle Schiffe legen 15 Minuten später am Schlessischen Tor an. 2. Ab Grünau (Geleis-Schiffhaus) von 10.23-5.23 Uhr erstmalig stündlich über Schmüdowitz nach Jentzen, Hankels Ablage, Rauchfangswerder und Jiegenhals. 3. Ab Etkner (Bahnhofshotel) von 9-5 Uhr stündlicher Motorbootverkehr auf der Pöcknitz bis Alt-Waldhorst. 4. Ab Bahnhof Schermigelsee im Anschluß an die von Berlin-Königs-Wusterhausen eintreffenden Züge, Verkehre über Schwarzhorn, Silberberg, Diensdorf, Pieslow nach Behlitz und zurück. 5. Ueberrfahrten auf dem Müggel- und Wannensee. 6. Ab Spandau (Charlottenbrücke) 2.15, 3.15, 5.15 Uhr über Wannsee nach Potsdam. 7. Ab Spandau (Hafenplatz) von 9.05 Uhr früh bis 9.05 Uhr abends stündlich nach Tegel und Helligensee. 8. Ab Wannsee (Bahnhof) von 10.40-6.40 Uhr über Alabow bis Potsdam. 9. Ab Potsdam (Eisenbahnhotel) 12.10, 2.10, 5.10 Uhr über Wannsee nach Spandau, ferner von 11.10-6.10 Uhr stündlich über Alabow bis Wannsee, um 10 und 5 Uhr nach Jerich (zurück 6.30 Uhr abends) und um 12, 2 und

3 Uhr bis Werder (zurück 1.30, 3.30 und 5.30 Uhr), 2.45 und 4.45 Uhr über Reddy nach Krampnitz (zurück 3.45 und 5.45 Uhr). 10. Ab Tegel halbstündlich nach Tegelort und stündlich bis Helligensee bezw. bis Spandau.

Bielseitig. Bekanntlich hat der deutsche Kronprinz, um sich auf seine zukünftige Regierungstätigkeit vorzubereiten, in die verschiedensten Verwaltungen Einblick genommen. Auch in die Geheimnisse der Technik ist der zukünftige deutsche Kaiser eingeweiht worden, nur haben ihm böse Menschen sein Erfundergenie, das er an Manschettenknöpfen probierte, freitig gemacht. Jetzt weiß die „Vossische Zeitung“ zu melden, daß der Kronprinz kürzlich bei dem japanischen Professor Kichijaburo Saphi Unterricht im Jiu-Jitsu (Selbstverteidigungskampfs) genommen habe und daß der Herr Professor in Anerkennung der guten Lehren mit dem Bildnis mit eigenhändiger Unterschrift des Kronprinzlichen Schülers und mit einer Diamantnadel belohnt worden ist. Daß der Thronfolger sehr lernbegierig ist, werden unsere Byzantiner nicht bestreiten.

Die ramponierten Zigarren des Justizflüßes. In einem Ausschusslaß des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof in Moabit ist neben der Ladung dickerer Herren, die ein Interesse daran haben, sich der näheren Bekanntschaft mit der Justiz zu entziehen, ein Bettel angeheftet, auf dem eine Reihe im Gerichtsgebäude gefundener Gegenstände verzeichnet stehen. Es paradiert darauf: 1 Mütze, 1 Paar Unterhosen, 1 schwarzes Jackett, 1 graue Joppe, 2 Pfund Kaffee, 1 Wäsche Honig, 1 Flasche Stonsdorfer, 1 Flasche Rotwein, 1 Flasche Likör, 1 Taschenuhr und — 15 ramponierte Zigarren. Die unbekannteren Verlierer werden aufgefordert usw. — Die Liste kann nach dem Inhalt gemacht. Eine Flasche Stonsdorfer, eine Flasche Likör — na ja, es ist ein Spruch von alters her, wer Sorgen hat, hat auch Likör, und freudig erregt pflegen die Besucher Moabits gewöhnlich nicht zu sein. Über warum so unbestimmt. „1 Flasche Likör? Das ist leicht gesagt, aber welche Nummer, fragt der Berliner. Reicht die Sachkunde der vereinigten Gerichtsdienerschaft von Moabit nicht aus, um das Geheimnis der mysteriösen Flasche zu ergründen? Und wie, wenn der glückliche Erstreizer der Flasche zu Hause entdeckt, daß sie gar keine „scharfe Sorte“, sondern höchstens ein Ingredienz geeignet zur matten Limonade, oder Himbeersaft enthält, kann er dann den Justizflüß wegen Ver Spiegelung falscher Tatsachen verklagen? — Die Perle der Sammlung bilden aber unstreitig die 15 ramponierten Zigarren. Hoffentlich werden sie nicht im ganzen verschleudert, sondern „parzelliert“, damit der Erlös ein größerer ist. Freilich, was heißt ramponiert? Sind es nur noch Stummel oder widerpenflige Glummstengel, die nicht ziehen wollten? Hat sie ein Verdorren der Blätter und Haß an die Wand geschleudert oder ein Freigeiprochener dem Cerberus generös in die Hand gedrückt, der noch einigen Zügen mit Entsetzen verzichtete? — Vielleicht finden sich noch die rechtmäßigen Eigentümer wieder, und der Flüß ist um den Ertrag der Pfundstücke inklusive der 15 ramponierten Zigarren geprellt.

Die Erhöhung der Kurzfürze in den städtischen Krankenanstalten.

Der Magistrat zu Berlin hat gestern vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die Kur- und Verpflegungssätze in den städtischen Krankenanstalten für einheimische Kranke zum 1. Juli d. J. von 2,50 M. auf 3 M. und für auswärtige von 3 auf 3,50 M. zu erhöhen. Sollte eine auswärtige Gemeinde Berliner Kranke mit einem höheren Satze als 3,50 M. bedenken, dann soll in Zukunft der dort berechnete höhere Satz auch in Berlin zur Anwendung kommen. Dieser Beschluß bedeutet für die hiesigen Krankenkassen eine sehr erhebliche finanzielle Belastung.

Ein interessanter Konflikt. Zwischen dem Verein „Berliner Viehkommissionäre“ und dem Verein der Berliner Engros-Schlächtermeister ist, wie die „Deutsche Fleischzeitung“ meldet, ein Konflikt ausgebrochen. Der Verein der Schweine-Engros-Schlächtermeister hatte beschlossen, den Viehkommissionär Schelsky zu boykottieren, weil derselbe im Auftrage der Viehkommissionäre gegen den früheren Vorsitzenden des Engros-Schlächtervereins Kühne, der einen bösen Bankrott gemacht hatte, vorgegangen war. Der Verein der Berliner Viehkommissionäre droht nun, falls der Boykottbeschuß nicht aufgehoben wird, gerichtlich vorzugehen und Schadenersatz zu verlangen.

Tragische Szene in der Handelskammer. In der gestrigen Sitzung der Berliner Handelskammer ist Kommerzienrat Emil Salomon aus der Tiergartenstr. 15 plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Kommerzienrat Salomon hatte gerade ein Gutachten abgegeben, als ihm aus der Mitte der Versammlung nahegelegt wurde, den zweiten Teil seiner Ausführungen fallen zu lassen. Er erwiderte darauf: „Ich lege gerade auf diesen zweiten Teil meines Gutachtens großen Wert.“ Kaum hatte er diese Worte gesprochen, da sank er auf seinen Sitz zurück. Das Mitglied der Handelskammer Dr. Frenzel, der von Hause aus Arzt ist, konnte nur noch feststellen, daß der Tod infolge Herzschlages eingetreten war. Die Sitzung wurde sofort geschlossen.

Ein Lausbub.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß die Berliner Feuerwehr mehrfach von einer Telephonzelle des Reichstags aus böswillig alarmiert worden sei. Am Freitag ist endlich der Übeltäter entdeckt worden. Es ist ein Lausbursche der Zentrumskorrespondenz (C. P. C.), der das Reichstagstelephon zu allerhand Streichen gemißbraucht hat. So hat er jüngst bei einer renommierten Weinhandlung 200 Flaschen Sekt für den Reichstag bestellt, und die Firma hatte solches Vertrauen in den Durst unserer notleidenden Agrarier, daß sie die Bestellung ohne weitere Nachfrage auszuführen hat. Natürlich mußte der Käufer die Selbsttöche ungeleert zurücknehmen. Das letzte Opfer des Jungen war unser Oberbürgermeister Kirchner. Er wurde vom Reichstag aus angeklungen und als er am Telephon erschien und fragte, wer ihn zu sprechen wünschte, erhielt er zur Antwort: „Fürst Bülow.“ Herr Kirchner erkundigte sich pflichtschuldig nach den Wünschen des Reichszanzlers, erhielt aber nur die höfliche Antwort: „Ich wollte mich nur erkundigen, wie es Ihnen geht.“ Dann wurde der Hörer angehängt. Der hoffnungsvolle Jüngling hätte sein Spiel noch längere Zeit forttreiben können, wenn er sich allein mit immerer Freude begnügt hätte, aber er hatte einen Mitwisser und als er mit diesem Kameraden in Streit geriet, kam die Wahrheit an den Tag. Der Hausinspektor kam hinzu, als die beiden Jungen sich prügelten und der eine dem anderen seine Schandtat vorhielt. Die nächste Folge war die Entziehung der Reichstagkarte und die Entlassung des Voten durch die Zentrumskorrespondenz. Im Hintergrunde steht dräuend ein gerichtliches Verfahren.

Vorläufig heult der falsche Bülow wie ein Schloßhund.

Erpressungen und Heiratschwinkel in großem Umfange hat ein ehemaliger Stadtmissionar getrieben, der jetzt von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen wurde. Es ist ein 40 Jahre alter Gustav Weige, der in Leipzig und Halle in der Stadtmission beschäftigt war, bis er wegen Unterschlagung von 900 M. entlassen wurde. Weige, der durch seine Tätigkeit mit Damen der besten Gesellschaft zusammenkam, erkaufte von den Kammerfrauen und Dienstmädchen gewisse harmlose Intimitäten. Diese benutzte er später zu Erpressungsversuchen. Er schrieb den Damen Briefe, in denen er ihnen dieses oder jenes andichtete und mit Veröffentlichung in der Gesellschaft drohte, wenn sie nicht Geld schickten. Der Erpresser rechnete darauf, daß seine Kenntnis der harmlosen aber doch eigentlich verborgenen Dinge den Damen, auch wenn sie das beste

Getroffen hätten, doch einen genügenden Schreck einjagen werde, um sie gefügig zu machen. Er säufte sich aber, denn alle Empfängerinnen seiner Briefe übergaben diese der Kriminalpolizei. Nach denselben Muster wie in Halle und Leipzig ging Weibe auch in Berlin und Charlottenburg vor, als er hierher übergesiedelt war. Schon im Herbst vorigen Jahres begann hier dieses Treiben. Der Expresseur benutzte die verschiedensten Schiffadressen und Postämter, bis er jetzt nach langen Beobachtungen festgenommen wurde. Bei den Expresseurübernahmen erbeutete er nichts, Erfolg hatte er dagegen mit dem Heiratschwindel. Einem Mädchen nahm er die ganzen Ersparnisse ab; es ist darüber krank und elend geworden und der Armeninspektion zur Last gefallen. Ein anderes rettete wenigstens noch einen Teil des Vermögens. Wahrscheinlich hat der Schwindler, ein mittelgroßer Mann mit hellblonden, rötlich schimmerndem Epibart und Kneifer, noch mehr Opfer gefunden, vermutlich auch unter falschem Namen. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums melden.

Eine Revolvergeschichte rief am Donnerstagabend in der Dirschstraße große Aufregung hervor. Eine Hausbesitzerin im Westen Berlins erhielt einen Brief, in dem sie unter Drohungen aufgefordert wurde, zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort in der Dirschstraße zwischen Alexanderplatz und Jannowitzbrücke ein Portemonnaie mit Geld aus dem Stadtbahnhof zu werfen. Die Bedrohungen machte der Kriminalpolizei Anzeiger und ging zum Schein auf das Verlangen ein. Drei Kriminalbeamte und eine Gehilfin, die sie annahm, legten sich auf die Lauer und ließen den Expresseur kommen. Um 10^{1/2} Uhr abends kam das Portemonnaie an der bestimmten Stelle aus einem Stadtbahnhofwagen herausgefallen. Eine Dame und ein Herr, die in der einsamen Straße wie zufällig des Weges gingen, hoben es auf, legten es aber gleich wieder hin. Mächtig eilte ein junger Mann auf das Portemonnaie zu, hob es hastig auf und steckte es ein, um weiter zu gehen, als einer der Beamten ihn festnahm. Der Dursche rief sich los und schloß sich einem Revolver, den er schußbereit in der Hand hatte, auf den Beamten. Als er sah, daß er gefehlt hatte, drehte er sich auf der Flucht um und gab noch drei Schüsse auf die Verfolger ab. Jetzt griff einer der Kriminalbeamten zur Browningpistole. Der erste Schuß traf den Flüchtling leicht am linken Fuße, die zweite Kugel traf ihn so schwer in den Oberschenkel, daß er umfiel. Der Verwundete wurde nach der Unfallstation am Grünen Weg gebracht, dort vorläufig verbunden und dann als Polizeigefangener der Charité zugeführt. Er wurde festgehalten als ein 19 Jahre alter Arbeiter Otto Schumann, der in der Minckelberger Straße Nr. 4 wohnte. Der Verhaftete behauptet, daß er sich die Dame aufs Geratewohl aus dem Adressbuch herausgesucht habe. Schumann ist der Sohn eines Radwärders und hat die Sattelmacherei erlernt. Nach der Behauptung der Eltern soll er immer fleißig gearbeitet haben, zuletzt aber in schlechte Gesellschaft geraten sein.

Er ist bisher noch unbestraft. Der Brief, den er an die Frau schrieb lautet: „Meine Frau! Sie werden am Donnerstagabend um Punkt 1/2 11 Uhr ein mit 500 M. gefülltes Portemonnaie aus einem Coupéfenster nach der Dirschstraße, Ecke Schilderstraße, zu werfen. Stellen Sie uns keine Falle, Sie werden sonst ein entsetzliches Ende nehmen. Tom Briand, ein Mitglied der Schwarzen Hand.“ Die Empfängerin übergab den Brief sofort der Kriminalpolizei und ermöglichte es dadurch, den Expresseur ohne Verzug unschädlich zu machen.

Nord und Selbstmord.

Ein schreckliches Drama hat sich gestern Abend in der sechsten Stunde in der Nigaer Straße abgespielt. In dem Restaurant von P a t t, Nigaer Str. 27, erschloß der 29 Jahre alte Hausdiener Wilhelm Weiß, Schreinerstr. 50, die 35 Jahre alte Gastwirtsfrau Marie P a t t. Er brachte sich dann selbst einen Schuß bei und starb auf dem Transport nach der Charité.

Weiß, der in dem Patischen Lokal als Hausdiener beschäftigt wurde, war der Frau P a t t, als diese am Nachmittag das Schlafzimmer aufsuchte, gefolgt. Er verriegelte die Tür und schloß der Gastwirtsfrau eine Kugel in das rechte Ohr. Der Schuß führte den sofortigen Tod der Frau P a t t herbei. Weiß schloß sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe und brach gleichfalls bestimmungslos zusammen. Auf die Schläfe hin eilten mehrere im Lokal anwesende Gäste sofort nach dem Zimmer. Sie brachen die Tür auf und als sie das Zimmer betraten, bot sich ihnen ein schrecklicher Anblick. In ihrem Blute lagen die beiden Personen am Fußboden. Frau P. war bereits tot. Dagegen konnte man bei W. noch Lebenszeichen beobachten. Auf Veranlassung eines hinzugerufenen Arztes wurde er in einem Krankenwagen nach der Charité gebracht, doch auf dem Transport erlag er bereits der Schußverletzung. Die Leiche wurde gleich nach dem Schauhause gebracht. Ueber das Motiv zu der schauerlichen Tat sind in der Nachbarschaft des Tatortes die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Mit Bestimmtheit konnte jedoch die Ursache des Dramas noch nicht festgestellt werden.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist das 19jährige Dienstmädchen Johanna Uebat, das in den „Prachtzäun des Ostens“ bedienstet war, geworden. In dem Schlafzimmer des jungen Mädchens waren an der Gasleitung zwei Stellen unbedeckt geworden und während die U. nachts schlief, entströmten den Oefnungen beträchtliche Mengen Gas. Morgens mußte die Tür gewaltsam geöffnet werden. Das junge Mädchen fand man in bewußtlosem Zustande im Bett auf. Das Zimmer war vollständig mit Gas angefüllt. Ein Arzt und zwei Feuerwehrentente bemähten sich längere Zeit mit Hilfe des Sauerstoffapparates mit Erfolg um die Leblose.

Traures Schäferschicksal. Ein empfindlichen Verlust hat der Student der Sprachenkunde Eugen W. aus der Reithstr. 18 erlitten. Es ist ihm eine Brieftasche abhanden gekommen, die 8000 M. in Papiergeld und 90 Schecks der amerikanischen Cyren Comp. enthielt. Es wird vermutet, daß ihm die Tasche von einer Frauensperson, deren Bekanntschaft er erst kurz vorher gemacht hatte, gestohlen worden ist. W. war mit der Unbekannten die ganze Nacht hindurch zusammengeblieben und am folgenden Morgen vermisste er das Geld. Das Papiergeld bestand aus sieben Tausend- und zehn Hundertmarktscheinen. Die Schecks lauteten auf eine recht hohe Summe. Sie sind bereits gesperrt worden.

Ein Glendehilf.

Entbehrungen haben wahrscheinlich den Tod der 30 Jahre alten Schlofferfrau Verla Brasopp die vorgestern in ihrer Wohnung in der Köpckestr. 20 als Leiche aufgefunden wurde, herbeigeführt. Die Frau lag mit ihrem Namen in Scheidungsfrage und wohnte seit einem Monat für sich allein, nachdem sie eine Zeitlang im städtischen Obdach gewesen war. Die Miete bezahlte die Armeninspektion. Seit dem zweiten Ostertage war Frau Brasopp, die keine Beschäftigung hatte, nicht mehr gesehen worden. Nachdem ein Bekannter, der sie besuchen wollte, dreimal keinen Einlaß gefunden hatte, ließ der Hauswirt die Wohnung öffnen und fand die Insassin tot auf. Die Leiche war schon stark verwest. Ein Arzt konnte die Todesursache zwar nicht mit Bestimmtheit feststellen, vermutet aber, daß es Herzschwäche infolge von Entbehrungen sei.

In der V. Volkshochschule, S. Hagelbergstraße 34 ist im Sommerhalbjahr insbesondere für Erwachsene Gelegenheit zur Teilnahme an folgenden Kursen geboten: Elektrotechnik I, grundlegend der Teil Montag 7^{1/2} Uhr; Elektrotechnik II, Installationskursus mit praktischen Übungen Donnerstag 7^{1/2} Uhr; Chemie der Metalle und Säuren mit besonderer Berücksichtigung ihrer Verwendung in der Elektrotechnik Mittwoch 7^{1/2} Uhr. Die Teilnahme an jedem Kursus kostet für das ganze Halbjahr nur 50 Pfennig.

Im Metropol-Theater wird heute zum erstenmal die Robitāt „Die oberen Behtausend“ gegeben.

Feuerwehrbericht. Ein sehr gefährlicher Brand kam gestern früh in der Keandertstraße 29 zum Ausbruch. Dort brannte unter einer Treppe eine Menge alter Hausrat und war bei Ankunft der Wehr der Treppenaufgang schon total verqualmt. Die 1. Kompanie sorgte für den Abzug des Qualmes und löschte den Brand durch kräftiges Wassergeben. Die Entstehung war nicht zu ermitteln. Der 16. Zug hatte längere Zeit in der Rubeplatzstraße 27 zu tun, wo Kellerverbrüche mit altem Hausrat und die Treppe brannten. Auch hier mußte kräftig gelöscht werden, um die Gefahr zu beseitigen. Wegen eines Küchenbrandes rückte der 8. Zug nach dem Laufgraben Platz 3 aus. Wüstwäg wurde die Feuerwehr nach dem Hochplatz alarmiert. Der Leiter, Schneider August Brante aus Stühniß, ein Mann von 57 Jahren, wurde von der Polizei verhaftet. Ferner wurde die Wehr nach der Altonaer Straße 22, Stralauer Straße 3/8, Rospstraße 93, Sebastianstraße 87 und anderen Stellen gerufen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute nachmittag 3 Uhr findet die Jahresgeneralversammlung Dresdener Straße 45 statt. Unter anderem steht auf der Tagesordnung: Bericht von der ersten Konferenz der Samariter-Kolonie und Wahlen zum Bundesvorstand. Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag abend 9 Uhr in demselben Lokale: Schlußvortrag des Winterkursus. Es spricht Herr Augenarzt Dr. E. Cohn über: Geschlechtskrankheiten und Augenkrankheiten.

Am Donnerstag Monatsfestung der diensttuenden Abteilung.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung vom Mittwoch, den 24. März, war eine Vorlage des Magistrats, die den Bau einer Untergrundbahn von der Neuen Kaufstraße bis zum Rollendorfsplatz verlangte, einstimmig angenommen worden. Bekanntlich hat der preussische Eisenbahnminister hiergegen Einspruch erhoben; doch ist das Publikum hierüber nur durch Zeitungsnachrichten unterrichtet, die natürlich keinen Anspruch auf Authentizität machen können. Der Magistrat hat es noch nicht für nötig gehalten, den Stadtverordneten eine amtliche Mitteilung über die Hemmnisse, die sich der Ausführung ihres Beschlusses entgegenstellen, zugehen zu lassen. Die Stadtverordneten P i e t s ch und Genossen (Soz.) richteten nun in der letzten Sitzung die Anfrage an ihn: „Ist dem Magistrat bekannt geworden, daß die Regierung die Ausführung einer Untergrundbahn Rollendorfsplatz—Neue Kaufstraße verboten oder eine andere Linienführung der Bahn empfohlen hat.“ Die Beantwortung der Anfrage soll in der nächsten Sitzung erfolgen. In einer weiteren Vorlage wurden für die öffentliche Schreibstube für Stellenlose, welche von der Vereinigung für Wohlfahrtsbestrebungen unterhalten wird, 750 M. zur Beschaffung von Büreaumöbeln gefordert. Diese Vorlage wurde debattelos angenommen. — Eine Vorlage, ein zweites Wasserdruckrohr von dem Wasserwerk Jungfernhöhe bis zum Anschluß an das vorhandene Hauptrohr am Spandauer Berg mit einem Kostenaufwand von 295 000 M. anzulegen, sowie eine Vorlage, welche Erweiterungsbauten auf dem Wasserwerk Jungfernhöhe mit einem Kostenaufwand von 815 000 M. verlangte, wurden einem Ausschuss von 11 Mitgliedern überwiesen, dem unsere Genossen Klitz und Wisk angehören. Darauf fand eine geheime Sitzung statt.

Die Betriebsprüfung der zweigleisigen Hauptbahnstrecke Charlottenburg—Bahnhof Rennbahn wird, wie nun feststeht, am Sonntag, den 23. Mal d. J. erfolgen. Die neue Bahnlinie beginnt bei Kilometer 14,50 der Charlottenburg-Spandauer Strecke bei der Station Bahnhof Heerstraße, der erst Ende 1909 dem Verkehr übergeben werden soll. Von hier bis Bahnhof Rennbahn beträgt die Entfernung 1,40 Kilometer. Die Strecke dient nur dem Personenverkehr, doch werden auch besondere Ueberführungsbahnen für Pferde zwischen Bahnhof Rennbahn und Karlsdorf bezw. Hoppegarten verkehren.

Schöneberg.

Der hiesige Arbeiter-Turnverein feiert heute (Sonntag) sein zweites Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Tanz, turnerischen und humoristischen Aufführungen in den neuen Rathshäusern, Weininger Straße 8. Da genannter Verein bei Arbeiterfesten mitwirkt, so wird auf eine Unterstützung der Arbeiterschaft Schönebergs gerechnet. Der Uebersech des Festes soll für die Dankkosten des Turnplatzes verwendet werden.

Ober-Schönebeide.

Gemeindevertretung. Auf die Errichtung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist nach dem Stande der Sache zum 1. Juni nicht zu rechnen. Durch Einwendungen der beteiligten Gemeinde Nieder-Schönebeide an dem Ortstatut sind diese Verzögerungen entstanden. Vom Gemeindevorsteher geht nun die Absicht aus, eventuell ohne diese Gemeinde vorzugehen. Dieser unliebsame Streit hätte sich vermeiden lassen, wenn man den Anregungen unserer Genossen gefolgt wäre und zu den Beratungen des Statuts in der dazu eingesetzten Kommission auch Vertreter der beteiligten Gemeinden hinzugezogen hätte.

Die am 19. April der Benutzung übergebene 4. Gemeinde-schule, welche neben 20 Klassen noch 1 Rechen- und 1 Hilfsklasse, 2 Kochklassen und diverse Räume wie Elternwartezimmer, Konferenzzimmer, Lehrerzimmer enthält, soll nach Absicht der Verwaltung nach der anhängigen äußerlichen Fertigstellung den Einwohnern zur Beschickung übergeben werden.

Nach der Zählung der Schulbehörde wird die Volksschule von 3314 Kindern, die höhere Mädchenschule von 294 und das Realgymnasium von 145 Kindern besucht.

Die Vertretung stimmte dem Abschluß einer Versicherung gegen Unfall und Invalidität für die Arbeiter der Alkanalage zu. Die Arbeiten für die von der Aufsichtsbehörde gelegentlich einer Schulrevision verfügte Aenderung der Abortzu- und Abflusleitung wurde der Firma Grobe übertragen.

Zur Deckung der restlichen Kosten für die 4. Schule und der Verbesserung der Schmutzwasserkanalisation im alten Ortsteil wurde die Aufnahme einer 4prozentigen Anleihe von 174 000 M. beschlossen.

Arbeitslosigkeit und Elend haben vorgestern den Tischler Adolf Winter in den Tod getrieben. W. war schon längere Zeit beschäftigungslos; in der Familie fehlte es am Nötigsten. Als vorgestern morgen die Kinder zur Schule gingen und die Frau abwesend war, erhängte sich der bedauernswerte Mann am Fensterkreuz. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Lichtenberg.

Eine Proletenversammlung der städtischen Arbeiter Lichtenbergs gegen die Ablehnung ihrer beschiedenen Anträge auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse fand am Donnerstag im „Kronprinzengarten“, Frankfurter Chaussee, statt. Es waren fast alle Gemeindeglieder erschienen, soweit sie nicht durch Nacharbeit verhindert waren. Das Referat hielt Stadtverordneter G r a u e r, der einleitend bemerkte, daß die städtische Verwaltung Lichtenbergs im Einverständnis mit der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit ehrlich bestrebt ist, die Lebenslage der Gemeindeglieder so niedrig wie möglich zu halten, nicht etwa aus Vöhsheit, sondern um die Privatindustrie davor zu bewahren, höhere Löhne zahlen zu müssen. Der Redner gab dann eine Uebersicht über die veranschlagten Ausgaben und Einnahmen der Stadt. Die städtischen Unternehmungen werfen für den Stadtbüchel recht ansehnliche Ueberschüsse ab, die Gesamtergebnisse 197 700 M., die Wasserwerke 166 400 M. und das Elektrizitätswerk 38 000 Mark. In den Betriebszweigen, wo überhaupt Ueberschüsse

erzielt werden können, war also die Tätigkeit der Gemeindeglieder recht gewinnbringend für die Stadt, so daß um so weniger Grund vorlag, ihre Anträge auf eine geringe Verbesserung ihrer Lebenslage abzulehnen.

Nur den Parkarbeitern, und dann den Friedhofarbeitern, für die noch 2 8/10 v. v. 2,50 Mark den Tag besaßen, wurden die Stundenlöhne um 5 Pfennig erhöht.

Nachdem der Redner noch weiter die soziale Verstandlosigkeit der städtischen Verwaltung wie der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit treffend kritisiert hatte, schloß er seinen Vortrag mit dem Hinweis darauf, daß die politische wie gewerkschaftliche Organisation vor allem notwendig ist, um gegenüber der bürgerlichen Interessenvertretung die Interessen der Allgemeinheit zur Geltung zu bringen und auch den Gemeindegliedern ein erträgliches Dasein zu verschaffen. — In der Diskussion, in der verschiedene Gemeindeglieder sprachen, trat die Entrüstung über das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten, des Magistrats und der Verwaltung sehr lebhaft zu tage. Im übrigen wies Polenske, der Vertreter des Gemeindegliederverbandes, geflücht auf ein reiches statistisches Material, nach, daß eine Reihe von Städten, auch rheinische, im Vergleich zu dem, was Herr Kielblock behauptet, ihre Arbeiter ein gut Teil besser bezahlten als Lichtenberg. — Die Versammlung schloß mit einstimmiger Annahme dieser Resolution:

„Die heute am 22. April im „Kronprinzengarten“ zahlreich versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen aller städtischen Betriebe Lichtenbergs bedauern auf das tiefste, daß bei der Aufstellung des Haushaltsplanes für 1909 die eingereichten Anträge auf Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, insbesondere die Anträge auf Zahlung von Wochenlöhnen keine Berücksichtigung gefunden haben.“

Auf das schärfste protestieren die Versammelten gegen die Behauptung des Herrn Stadtrats Kielblock, daß Lichtenberg bezüglich der Arbeiterlöhne voran sei.

Die Versammelten stellen fest, daß u. a. in Rigdorf, Charlottenburg, Köpenick die Lohnverhältnisse der städtischen Betriebe erheblich günstiger sind, und in puncto sozialer Fürsorge Lichtenberg zu den rückständigsten Gemeinden Deutschlands zählt.

Angeichts der rückständigen Ablehnung ihrer beschiedenen Anträge erklären die Versammelten es als heiligste Pflicht jedes Gemeindeglieders, sich zu organisieren, um mit allen gewerkschaftlichen Nachmitteln zu gegebener Zeit die Durchführung ihrer Anträge zu erzwingen.“

Adlershof.

Feuer brach gestern vormittag gegen 11 Uhr in der zweiten Gemeindegliederschule, Madedestr. 3, aus. Das Feuer ist nach amtlichen Feststellungen durch Kurzschluss in der elektrischen Beleuchtungsanlage entstanden. Es hatte, ehe es bemerkt wurde, bereits einen großen Teil des Dachstuhles ergriffen, aus dem bald die hellen Flammen emporstiegen. Der in sämtlichen Klassen zum Unterricht versammelten Mädchen, etwa 300 an der Zahl, bemähtigte sich anfänglich eine Panik, doch gelang es dem energischen Eingreifen des Lehrpersonals bald, die Kinder zu beruhigen und sie mit Unterstützung von entschlossenen Anwohnern in voller Ordnung ins Freie zu führen. Schulmappen und Mäntel mußten zurückgelassen werden, blieben aber unversehrt. Zwei kleine Mädchen erlitten vorübergehende Ohnmächten, erholten sich aber bald wieder. Die freiwilligen Feuerwehren von Adlershof und Umgebung erschienen mangels rechtzeitiger Meldung erst ziemlich spät. Es gelang ihnen aber, den Brand trotz des großen Umfanges, den er bereits genommen hatte, nach einer Stunde zu löschen.

Köpenick.

Ertrunken ist vorgestern nachmittag der 6 Jahre alte Sohn Ernst des Wätereibesizers Wöbbs. Der Kleine spielte mit anderen Kindern an dem Ufer der Spree und war über das Gitter gesteuert, um zu angeln. Hierbei beugte er sich zu weit hinüber, verlor das Gleichgewicht und stürzte in das Wasser. Obwohl ein 12 Jahre alter Schüler sofort dem Ertrinkenden nachsprang, gelang es doch nicht mehr, diesen zu retten. Die Leiche des kleinen M. konnte bisher nicht geborgen werden.

Lautzow.

Mit der diesjährigen Maisfeier beschäftigte sich am Mittwoch eine außerordentliche Generalversammlung. Es wurde beschlossen, am Nachmittag nach 4 Uhr sich im Lokal von Edel, Mariensfelder Str. 9, zu versammeln und am Abend 8 Uhr eine Festrede statufinden zu lassen. Daraus wählte die Versammlung die Genossen Otto P a d als ersten, Paul Radtke als zweiten Vorsitzenden, Paul R ü h l als Schriftführer und Hermann R i c h t e r als Beisitzer.

Lübbers-Waidmannslust.

Daß die Grundstückseigentümer auf das Wohl der Gemeinde pfeifen, sobald es an ihren Geldbeutel geht, zeigte sich in der letzten Gemeindegliederversammlung bei Beratung des Punktes „Pflasterung der Tegeler Straße“. Hier sind 3. B. drei Anlieger, die sich weigern, den zum Straßenland erforderlichen Grund und Boden von ihrem Grundstück abzutreten. Einer verlangte sogar die Kleinigkeit von 150 M. pro Quadratrate, trotzdem gleichwertiger Grund und Boden für 50 bis 100 M. pro Quadratrate zu jeder Zeit zu kaufen ist. Zur Abgabe von Offerten zur Pflasterung der Tegeler Straße sind 7 Firmen aufgefordert worden. Die niedrigste Forderung beträgt 132 942,25 M., die höchste dagegen 168 858,50 M. Den Zuschlag hat als billigste die Firma Dellos mit 132 942,25 M. erhalten. Zur Deckung dieser und anderer Ausgaben hat die Gemeindegliederversammlung schon in einer der vorhergehenden Sitzungen im Prinzip beschlossen, eine Anleihe aufzunehmen. Recht eigenartig berührt es, daß der Herr Amts- und Gemeindevorsteher Müller einen der anwesenden Gemeindeglieder aufforderte, den Zukünftigen zu verlassen, noch ehe die Sitzung ihren Anfang nahm. Herr Müller scheint in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher sich noch im Stadium der Entwidlung zu befinden. Hierbei kann ihm vielleicht die Offenlichkeit noch hehliglich sein. Auch unsere Genossen werden, wenn es notwendig ist, ihr möglichstes dazu tun.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde eine Vorlage, die eine längere Debatte zeitig hätte, vertagt. Diese Vorlage betraf eine Vertagsgenehmigung mit der Eisenbahndirektion betreffs Uebernahme des Bahnhofsvorplatzes, die Herstellung einer Straßenunterführung sowie einen Entwurf zur Regulierung des Bahnhofsvorplatzes. Wie die meisten Vorlagen, welche vom Bauamt kommen, war diese erst kurz vor der Festsitzung der Tagesordnung eingegangen. Die Vertagsentwürfe waren den Stadtverordneten erst einen Tag vor der Versammlung zugestellt, so daß niemand so recht informiert war, um was es sich eigentlich handelte. Nach der Tagesordnung wurden für diese Vorlage 118 750 M. gefordert, im Vertage selbst werden die Kosten aber auf 247 800 M. bemessen. Der Stadtbaurat P a u l machte zwar die Sache in seiner Weise klarzulegen, indem er meinte, die geforderte Summe von 118 750 M. wäre nur erst eine Teilforderung. Die Stadtverordneten aber, genötigt durch die ganze verbaute Straßen-Angelegenheit, ließen sich von den Ausführungen des Baurates nicht überzeugen, zumal auch die Stadt nach dem Vertage nur Pflichten, aber gar keine Rechte hat, und wies die Vorlage zur weiteren Klarstellung zurück. — Eine zweite größere Vorlage, betreffend eine anderweitige Festsetzung der Straßenführung zwischen dem Streifensplatz, der Charlottenbrücke und Fischerstraße, wurde nach einer kurzen Erklärung des Referenten in die geheime Sitzung vertagt, wo sie mit der Vorlage betreffend Ankauf des Grundstücks Hotel Friedrichshof zusammen weiterberaten werden soll. Diese Vorlage fällt in die Brückenstraßen-Angelegenheit, die jetzt so verfahren ist, daß man nur unter Aufwendung größerer Mittel erst etwas Klarheit wird schaffen können. Die Angelegenheit wird noch lange das Schmerzkindnis für Spandau bleiben, und die damaligen Referenten des Ankaufs und Niederreißens der Häuser, u. a. namentlich der jetzige Stadtrat, damalige Stadtverordnete Dr. Engelhardt, werden heute sich wohl

